

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereins-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Stamm 80 A.  
Zeilungs-Preisliste Nr. 8124.

**Inhalt:** Die polizeiwidrige Hütte des Proletariats. — Eine Abrechnung. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen. Die Eideshelfer der Halleischen Unternehmer. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitersturz, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. — Gewerliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Frankenkasse. — Anzeigen.

## Die polizeiwidrige Hütte des Proletariats.

Beim letzten Quartalswechsel hat sich fast in allen Großstädten eine erhebliche Steigerung der Wohnungsnot bemerkbar gemacht. So besonders in Berlin und den Orten seiner nächsten Umgebung. Nicht nur überaus zahlreiche arme und unbemittelte Proletarier, sondern selbst besser gestellte selbstständige kleine Handwerker und wohlthätige Beamte haben keine Wohnung finden können und deshalb die Wyle für Obdachlose, alte Cholerabaracken etc. und was die öffentliche Fürsorge ihnen sonst an elenden Unterkunftsräumen bieten konnte, in Anspruch nehmen müssen. Es fehlt an Wohnungen für die sogenannten „kleinen Leute“, und dieser Mangel wächst in demselben Maße, als die Arbeiterbevölkerung der Hauptstadt zunimmt.

Die Charlottenburger Armenverwaltung mißt in ihrem jüngsten Jahresbericht die Schuld daran, daß nicht genügend Häuser mit kleinen Wohnungen gebaut werden, dem Bürgerlichen Geschlecht bei. Dieses hat nämlich das Kapitalbündungsrecht der Hausagrarien etwas eingeschränkt. Der Vermieter darf nicht mehr, wie früher, an sämtlichen Sachen, die in der Wohnung des Miethers sich befinden, für rückständige Miete sich schadlos halten, an den Sachen, die nach der Zivilprozeßordnung nicht der Pfändung unterworfen sind, sowie an den Sachen der Frau und der Kinder hat er kein Retentionsrecht mehr. Es ist absurd, diesen Umstand als Ursache der unzureichenden Wohnungsbauten geltend zu machen. Die wirklichen Ursachen sind in den ungünstigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen, die das Bauen nicht genügend „rentabel“ erscheinen lassen, d. h. die die maßlose Profitgier der Grund- und Wohnungswucherer nicht genügend zu befriedigen vermögen.

Im weitesten Umkreis um Berlin haben die Bodenpekulanten fast alles noch unbebaute Terrain aufgekauft. Aber es fällt den Spekulantengängen nicht ein, dasselbe nun ohne Weiteres wieder zu verkaufen für Bauzwecke; nein, sie warten damit, bis günstigere Konjunkturen ihnen die möglichst höchsten Wucherprofite sichern. Bis dahin sind sie so gütig, das Terrain in winzig kleinen Parzellen an Arbeiter, Handwerker, kleine Beamte und Geschäftsleute zu verpachten. Die Pächter bauen da Kartoffeln und Gemüse; sie zimmern sich eine primitive Bretterbude zusammen und verweilen dann an den Sonntagen mit Weib und Kindern da draußen in der freien Natur. Aber viele dieser „Laubentkolonisten“ wohnen in der Bretterbude, die den notwendigsten Schutz gegen Unbilden der Witterung gewährt, mit Weib und Kindern dauernd, Sommer und Winter, weil sie eine Wohnung in der Stadt nicht bekommen oder nicht bezahlen können.

Gegen solch menschenwürdige Unterkunft hat die hohe Obrigkeit nichts einzuwenden; im Gegenteil, sie ist froh, wenn die armen Teufel in solcher Weise „Selbsthilfe“ üben, dann braucht ja die Behörde ihnen keine Unterkunft zu besorgen. Aber diese „Selbsthilfe“ hat ihre Grenze. Kam da kürzlich ein obdachloser Arbeiter Namens Zimmermacher — nomen est omen! — auf die Idee, sich auf seiner erpächteren

Parzelle statt der windschiefen wackeligen Bretterbude ein hütenähnliches, aber doch festes Häuschen zu erbauen. Aus altem, leichtem Fachwerk und selbstgemachten, an der Luft getrockneten Ziegeln errichtete er sich eine recht proletarische Villa, bestehend aus Stube und Küche. Doch, o weh! — der erfinderische Mann hatte „ohne Baukonzession gebaut“. Und das Auge des Gesetzes wacht! Allerdings richtete die Amtsbehörde von Neu-Weißensee — eine öde, verlassene Gegend an der äußersten Peripherie der Reichshauptstadt, wo die Kernstadt der Armen haufen und sich die Füchse gute Nacht sagen — an den nummehrigen Willensbesitzer Zimmermacher die Aufforderung, das ohne Baukonzession aufgeführte Gebäude wieder zu entfernen! Daß der Mann dieser mit seinen Rechtsbegriffen völlig unvereinbaren Aufforderung nicht entsprach, wird Jeder begreiflich finden. Da kam dann das Verhängnis über ihn in Gestalt einer von der Amtsbehörde ausgerückten, aus neuem Baum bestehenden Expedition: drei Polizeibeamte, ein Amtssekretär, ein Mitglied der Baukommission, ein Amtsdiener, ein Maurerparlier, ein Zimmerparlier und zwei Maurer. An den Inhaber des polizeiwidrigen Häuschens wurde die Aufforderung gerichtet, dasselbe zu räumen. Dann wurden „von Amts- und Rechts wegen“ die Möbel entfernt, die Thürren und Fenster herausgenommen, das Dach abgenommen, die Wände eingeschlagen und das Haus dem Erdboden gleich gemacht. So geschieht dem „Recht“ Genüge. Der arme Arbeiter aber sieht erst eine Weile stumpfsinnig dem Zerstückungswerk zu; plötzlich aber versucht er in einem Wuthanfall, die behördlichen Organe an ihrer Arbeit zu hindern. Das ist Widerstand gegen die Staatsgewalt, wogegen er sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben wird! Nun kann der arme Teufel sich wieder eine Art Ziegenstall aus morschen Brettern errichten oder einen großen Hundstall nehmen, um darin zu hausen. Dagegen ist „von Rechts wegen“ nichts einzuwenden; ja, er kann sogar auf seiner Parzelle im Freien „wohnen“ und dabei alsbald elend zu Grunde gehen — auch das ist ihm nach dem Recht und der „staatsverhaltenden“ Moral gestattet.

Die Geschichte ist traurig, aber lehrreich. Man ersieht aus ihr, wie gar leicht das formale Recht, nach seinem Buchstaben angewendet, ein schlimmes Unrecht wird. Keinem Menschen hat der arme Arbeiter damit, daß er sich ein etwas besseres Heim schuf, den geringsten Schaden zugefügt; auch öffentliches Interesse hat er nicht geschädigt. Aber die starre Säugung des Rechtsstaates spricht: Wer da Holz mit Stein verbindet zu Wohnungszwecken, der „baut“ — und Du darfst nicht bauen ohne behördliche Konzession. Die Frage ist jedoch, ob nach vernünftigem Ermessen ein primitiver Nothbau, der in Rede stehenden Art wirklich als ein „Bauwerk“ im Sinne der Bauordnung zu erachten ist? Wir bestreiten das.

Noch abgesehen davon: was thut die öffentliche Gewalt, die solcher Weise das starre Recht, den Buchstaben des Gesetzes gegen die Armen und Elenden in Anwendung bringt, — was thut sie, oder was hat sie seither gethan, die Wohnungsnoth zu beseitigen? Nichts, oder so gut wie nichts! Die Bodenpekulanten, die Häuser- und die Wohnungswucherer treiben ihr gemeingefährliches Unwesen ungehindert weiter. Es giebt ein Expropriationsgesetz, wonach das Grundeigentum aus Gründen des öffentlichen Wohls entzogen oder beschränkt werden kann. Weshalb wenden die öffentlichen Gewalten dieses Recht nicht an gegen die Spekulanten, die den Grund und Boden zum Zwecke der Ausmüderung der Bevölkerung erworben haben? Weshalb entziehen sie den Boden nicht dem Privateigentum, soweit er für Wohnungszwecke

erforderlich ist? Weshalb nehmen sie den Bau von Wohnungen für die Arbeiterklasse nicht selbst in die Hand? Eine solche Expropriation ist aus Gründen des öffentlichen Wohls dringend geboten. Jedenfalls würde sie selbst nach dem formellen Recht ungleich berechtigter sein, als die gewalttätige Zerstörung der polizeiwidrigen Hütte des armen Proletariats in Neu-Weißensee. Was polizeiwidrig ist, ist deshalb nicht auch zugleich immer vernunftwidrig und wider die Grundbude der rein menschlichen Gerechtigkeit verstoßend. Im Gegenteil! Der Proletarier Zimmermacher handelte ganz vernunftgerecht, als er sich auf dem erpächteren Stückchen Boden eine bessere Hütte errichtete. Die heilige Staats- und Gesellschaftsordnung würde einfach aus den Fugen gegangen sein, wenn man ihn in der Hütte hätte wohnen lassen so lange, als er Anrecht an das Stückchen Boden hat. Aber nein, die Hütte mußte, wie die eines Verhehmten und Versuchten in alter Zeit, dem Erdboden gleich gemacht werden, damit die „Autorität des Gesetzes“ gachtet wird.

Meint man wirklich, diese „Autorität“ könne durch berartige, in ihrem Namen gegen das Humanitäts- und Gerechtigkeitsgefühl vieler Millionen gerichtete Akte gewinnen? Das würde eine sehr bedenkliche Täuschung sein. Mit solchem Zerstückungswerk zerstört die Autorität des Rechtes sich selbst in der allergründlichsten Weise. Bedauerlich ist nur, daß Arbeiter zu diesem Werke, das ein Stück Lebensglück eines armen Klassen-genossen vernichtet, sich hergeben haben. Der Vorgang würde an künftiger Schärfe bedeutend gewonnen haben, wenn sich kein Arbeiter bereit gefunden hätte, die Anordnung der Behörde zu vollziehen — denn zwingen kann man keinen Arbeiter zu solcher Leistung — und die Beamten selbst, vielleicht mit Hilfe einiger Zunftmeister, ihre Befähigung zum Einreihen hätten zeigen müssen!

## Eine Abrechnung.

„Das Verständnis für die Bedeutung der Arbeiterorganisationen ist in der öffentlichen Meinung vielfach ein sehr geringes. Bezüglich der Auffassung und Beurteilung ist z. B. die Abfertigung, welche einer Aufforderung in der Arbeiterpresse zur Organisation zwecks Verbesserung der Lebenshaltung seitens eines führenden bürgerlichen Blattes mit den Worten zu Theil wird: „Was dies den Arbeitern wohl helfen soll? Bringt ihnen dies Wohl? Sicherlich nicht! Ganz gewiß nicht der gegenwärtigen Generation! Was ob es sich dabei um ganz neue und nirgend erprobte Maßnahmen handelte?“

So ist wörtlich zu lesen in dem soeben erschienenen Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin für 1900.

Weshalb wir diese Auslassung zur Einleitung unserer Artikel wählen? Weil sie, als der Wahrheit entsprechend, durchaus geeignet ist, das scharfe, kritische Urtheil zu fügen, das wir in Würdigung der demselben berechtigten Interessen über den Versuch einer radikalern Verengungsimpung zu fällen haben, dessen sich die Mecklenburger Nachrichten gegenüber dem Zentralverband der Maurer Deutschlands schuldig gemacht hat.

Wir wissen nicht, ob dieses Blatt dasselbe ist, von welchem der Gewerbe-Aufsichtsbeamte spricht. Aber das wissen wir, daß wir es mit einer Zeitung zu thun haben, die das Organ der mecklenburgischen Junker ist. Ein Blatt, das den Sonderinteressen dieser Clique dient, die über das Obotritenland herrschen, muß selbstverständlich die herabsteigendsten Eigenschaften der Junker besitzen: es muß demagogisch zu lägen und zu verleumben verstehen!

Dem mecklenburgischen Junkerthum ist die mächtig aufstrebende Arbeiterbewegung ein „Gräuel“. In rick-

schlösser und brutaler, oft geradezu rechtschänderischer Weise sind die „gnädigen Herren“ unausgesetzt bemüht, diese Bewegung zu hindern; ihren ganzen maßgebenden Einfluß auf Regierung und Verwaltung bieten sie zu diesem Zweck an. Uebrigens erfreuen sie sich der Gefolgschaft und Unterstützung des bornierten Zünftertums. Besonders die medienburgischen Baugewerks-Zünftler sind im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung und die Arbeiterorganisation eng verbündet mit dem Zunfttum. Und natürlich stehen ihm die Spalten des genannten Organs offen, um ihrer Wut über Streiks zc. Luft zu machen.

Wie unsere Leser wissen, ist schon einige Zeit hindurch ein großer Theil der medienburgischen Bauarbeiterchaft (Maurer zc.) im Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen, höheren Lohn zc. begriffen. Kaum irgendwo sonst in Deutschland ist die Lage der Bauarbeiterchaft so sehr und so dringend einer Verbesserung bedürftig, als in Medienburg. Selbstverständlich steht unser Verband den kämpfenden Arbeitern, die größtentheils seine Mitglieder sind, mit Rath und That kräftig zur Seite. Ohne unseren Verband würde die Lohnbewegung überhaupt nicht möglich sein.

Kein Wunder, daß sich der Born der zunftlichen und zünftlerischen „Ordnungsmänner“ in hohem Maße gegen unsere Organisation und deren Leitung richtet.

So erklärt es sich, daß die „Medienburger Nachrichten“ einen in fast allen bürgerlichen Blättern des Landes nachgedruckten Artikel, betitelt: „Der Verband“ brachte, dessen Verfasser höchst wahrscheinlich ein gewisser Maurermeister und Agrarfreund in Friedland ist. Daß er aus den Kreisen der Baugewerks-Zünftler stammt, ist zweifellos. Und schon dieser Umstand genügt, das Machwerk auf seinen Werth abzusichern.

Da wird zunächst gelogen, daß „durch Versprechungen und durch Androhung von Berufsverfälschungen, durch Ghilanzierungen auf den Bauplätzen und im Privatleben die meisten im Baugewerbe thätigen Personen in den Verbänden hineingezwungen worden sind“.

Wenn in ganz Medienburg unter den Bauarbeitern auch nur ein Einziger ist, der mit gutem Gewissen sagen kann, daß auf ihn ein derartiger Zwang ausgeübt worden, der treue hervorkommen würde, dann kann man sich über die Wahrheit des Artikels beruhigen. Es ist die alte, thatsam bekannte Lüge, mit der man glaubt, die Arbeiterorganisation und ihre Agitation diskreditiren zu können.

Dann kommt eine zweite Lüge: „Sobald Jemand erst dem Verbände beigetreten ist, heißt es zahlen und den Hamburger und Berliner Befehlen bezüglich Annahme und Niederlegung von Arbeiten gehorchen.“

Auch die Behauptung, daß den Verbandsmitgliedern seitens der Leitung ihr Verhalten gegenüber den Unternehmern „angefohlen“ wird, daß sie von der Leitung zu Streiks „gezwungen“ werden, ist keine neue; sie gehört schon lange zum eisernen Aberglauben der Feinde der Arbeiterorganisation. Die Wahrheit ist, wie die sämtlichen hier in Betracht kommenden Arbeiter bestätigen können, daß sie ihre Entscheidungen über Niederlegung und Annahme von Arbeit selbstständig gefaßt und ihre Forderungen an die Unternehmer selbstständig erhoben haben. Diese Wahrheit ist so offensichtlich und so allgemein bekannt, daß eine maßlose lägerische Frechheit dazu gehört, zu schreiben:

„An welchen Orten und zu welcher Zeit die Arbeit niedergelegt werden soll, wird nicht von den medienburgischen Arbeitern nach ihren Bedürfnissen bestimmt und geregelt, sondern sie haben hierbei lediglich den Weisungen der Hamburger und Berliner zu gehorcht, die natürlich in allen Städten ihre vorgeschobenen Vertrauensmänner haben.“

Wenn Verbandsmitglieder an irgend einem Orte entschlossen sind, in eine Lohnbewegung und, wenn erforderlich, auch in einen Streik einzutreten, so melden sie das der Verbandsleitung an. Und diese nimmt dann nach gewissenhaftem Erweisen Stellung dazu. Daß sie dabei auf die Beobachtung einer gewissen Disziplin sieht, versteht sich von selbst. Es ist das aber ganz etwas Anderes, als der rücksichtslose Terrorismus, den die Leitungen der Unternehmer-Organisationen auf ihre Mitglieder ausüben, um sie zu zwingen, selbst gegen ihre Neigung und ihren Willen, die Arbeiter zu Ghilanziren und zu maßregeln.

Wir kommen dann zu folgendem Satze:

„Die wöchentlichen Beiträge, welche die Arbeiter für den Verband aufbringen und ihren Frauen und Kindern entziehen müssen, sind sehr hoch, sehr viel höher, als alle Steuern und Stadtabgaben zusammengenommen.“

Der demagogische Wahnwitz, daß Arbeiter sich an „ihrer Familie versündigen“, wenn sie Beiträge zu ihrer Organisation leisten, begegnen wir auch nicht zum ersten Male. Damit versucht man um die Thatfache herumzukommen, daß mit diesen Beiträgen der Kampf für höhere Löhne, überhaupt bessere Arbeitsbedingungen geführt wird, damit die Arbeiterfamilie einer besseren Existenz sich erfreuen kann. Alles, was in Deutschland seither erreicht worden ist in dieser Hinsicht, jede Hebung der Lebensstellung der Arbeiterchaft, ist das Werk

des Kampfes der Arbeiterorganisation! Freiwillig, aus eigener Initiative, hat das Unternehmertum noch nie einen Pfennig Lohn zugelegt; jede Lohnerhöhung hat ihm abgerungen werden müssen. So behandelt z. B. der Leipziger Gewerbeaufsichtsbeamte in seinem neuesten Jahresbericht, daß die vielfach erungenen günstigeren Arbeitsbedingungen dem Eintreten der stetig anwachsenden gewerkschaftlichen Organisation zuzuschreiben ist, daß nur unter dem Druck von Arbeiterbewegungen der Lohn eine weitere Steigerung erfahren hat. Also das, was der Arbeiter an Beiträgen für seine Gewerkschaft zu leisten hat, ist wahrlich kein „bergeblisches Opfer“. Ohne solche Opfer natürlich kein Kampf und ohne Kampf keine Erwerbsgewinnlichkeit! Diese Wahrheit lassen die Unternehmer ja auch unbedingt gelten, wenn es sich um ihre Organisation, um ihre Interessen handelt. Nur die Arbeiter sind die „Dummen“, wenn sie der Nothwendigkeit solidarischen Wirkens auf dem Boden der Organisation Rechnung tragen. Wenn die kapitalistische Mißwirtschaft Tausende und Aber-tausende von Arbeitern arbeitslos macht und sie mit Weib und Kindern dem ärgsten Elend aussetzt; wenn Arbeiter, die sich den Unternehmern als Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation „nützlich“ gemacht haben, auf die „schwarze Liste“ gesetzt werden, damit sie nirgendwo Arbeit finden; wenn Arbeiter von den Unternehmern in fribolrer Weise ausgesperrt werden — dann findet sich keine führende ordnungspolitische Seele, die beklagt, daß den Frauen und Kindern dieser Arbeiter selbst das Allerndthigste zum Leben entzogen wird. Aber „stillsch entrichtet“ thun die Feinde der Arbeiterschaft, wenn Arbeiter ihrer Familie das „entziehen“, was sie an Beiträgen zu ihrer Organisation zu leisten haben.

So treibt die demagogische Tollheit der „Ordnungsmänner“ ihr jämmerliches Spiel gegen die Arbeiter. Aber freilich, „ist's gleich Mahjinn, hat es doch Methode“. Seine derächtlichen Subjekte rechnen darauf, daß es unter den Arbeitern und Arbeiterfrauen noch Solche giebt, die geistig beschränkt, unwissend und vorurtheilsvoll genug sind, um sich durch Vorpiegelung von „Böhmwollen“ und „Mitleid“ einnehmen zu lassen gegen ihre eigensten höchsten Interessen. Aber diese elende Spekulation, diese heuchlerische Niedertracht erweist sich immer mehr als eine, die ihren Zweck verfehlt.

Ueber die Verwendung der dem „armen Arbeiter abgeprehten“ Beiträge weiß der Schreiber des Artikels der „Medienburger Nachrichten“ zu berichten, daß zunächst die Leiter und Agitatoren des Verbandes „von den Großen der Arbeiter reichlich bezahlt“ werden. Dann heißt es, was gewiß nicht wenig Heiterkeit bei unseren Lesern hervorrufen wird:

„Meistens sind die Leiter der Verbände befehligte Stubirke, oder Kaufleute, oder auch Gesellen, die ihr Handwerk an den Nagel gehängt haben und sich nun von Reden und Agitation nähren. Herr Silberschmidt z. B., der in Medienburg-Streiks thätig gewesen ist, wird schwerlich jemals auf dem Gerüst gestanden, das Schürfell umgehangen und die Kelle in der Hand gehalten haben. Silber zu sammeln, Unglückseligkeit zu säen, zu agitiren und dabei selbst gut zu leben, soll er herrlich verstehen.“

Hoffentlich hat unser Freund Silberschmidt über diese Beurteilung seiner Person herzlich gelacht. Denn er wie auch die Leiter unseres Verbandes dürfen von sich sagen, daß sie in praktischer Arbeit im Maurergewerbe sich erprobt haben, was man von sehr vielen der Herren „Meister“ nicht sagen kann, die keine Handwerker waren oder es nicht mehr sind.

Der Streikant fährt fort: „Einer der durch den Verband in große Noth gebrachten Bauarbeiter in Schwerin klagte uns, daß er und seine Familie nur M. 10 und für jedes Kind M. 1 wöchentlich aus der Verbandskasse erhielten, während der Hamburger Agitator weit höhere Summen empfangen. Er nannte einen so hohen Tagesverdienst desselben, der die Diäten der großherzoglichen Beamten weit übersteigt, daß, wie wir annehmen, hierbei wohl ein Irrthum untergelaufen ist.“

Et, el! Weßhalb heißt Strififag die ihm genannte Höhe des Agitatorenverdienstes und die Höhe der Beamendiäten nicht mit?

Wie „genau“ Strififag über die Schlichtigkeit unseres Verbandes „unerrichtet“ ist, zeigt das Weiteren folgende Auslassung:

„Durch Gewährung von Freibrief bei Weendigung des Ausstandes sucht man die Arbeiter dann darüber hinwegzuführen, daß sie nicht nur nichts gewonnen, sondern den Arbeitsverdienst vieler Wochen verloren haben. In Wirklichkeit zahlen ja die Arbeiter das Freibrief und die Streikunterstützungen selbst aus ihren eigenen Taschen, denn die dazu erforderlichen Mittel haben sie selbst ganz allein aus ihren wöchentlichen Beiträgen zusammengebracht.“

Ueber die alberne Lüge von „Freibrief“ verlieren wir kein Wort. Daß die Arbeiter die Streikunterstützungen aus dem Beitragsfonds der Organisation erhalten,

ist eine Entdeckung, die dem Strififag „alle Ehre“ macht. Woher sollen sie die Unterstützung denn sonst bekommen? Aber — und das ist das Entscheidende — die Unterstützungspflicht nach dem Grundsätze der Solidarität, die Beiträge der gesammten organisirten Maurerchaft Deutschlands haben die Unterstützung derjenigen medienburgischen Kollegen ermöglicht, die aus eigener freier Entscheidung in Streiks eingetreten sind.

Nun kommt der Haupttrumpf des Strififag: „Der Hauptstich des Nebels im Baugewerbe ist der Verband. So lange dieser besteht und zahlreiche leitende Personen in Hamburg und Berlin von ihm leben, werden die Arbeiter zu immer neuen Ausständen gehalten werden. Sonst würden sie den Leitern Lab nicht mehr als milchende Kuh dienen wollen.“

Also: Nieder mit dem Verband! Ja, das ist ja seit langem die Parole der organisirten Baugewerks-Unternehmerchaft, vor Allem der Zünftler. Aber nieder-schreiben, niederfügen und niederberleunden läßt sich der Verband nicht. Sonst bestünde er längst nicht mehr.

Höchste „Ehre“ spricht Strififag dem Bürgermeister Wolf in Friedland dafür zu, daß derselbe den Maurer- und Zimmerergesellen Friedlands, die um seine Vermittelung bei den Meistern nachgehakt haben, die Antwort gegeben, daß Vorkauslegung seiner sonst gern gewährten Vermittelung der Aus-treitt aus dem Hamburger Verband sei. Für Sozialdemokraten übernehme er keine Vermittelung!

Daß solch ein Verfahren geeignet wäre, einen Stadtvater besonders zu „ehren“, vermögen wir nicht einzusehen. Im Gegentheil, es bedient den schärfsten Tadel, es involviret einen durch nichts zu rechtfertigenden Mißthandlungsversuch, eine parteiische Stellungnahme zu Gunsten der Unternehmer. Noch nie zuvor hat sich im deutschen Reich ein um Vermittelung angegangener Bürgermeister oder sonstiger öffentlicher Beamter, mochte er gleich der Arbeiterorganisation nicht hold sein, solch eines Verfahrens erdreißet. Dafür konnte nur ein medienburgischer Bürgermeister das schlimme, nicht hart genug zu beurtheilende Beispiel geben! Aber gerade dieses Beispiel dürfte vielen Arbeitern in Medienburg die Augen darüber öffnen, daß die Feindschaft der sogenannten „Gutgefinnten“ ihrem Koalitionsrecht gilt.

### Maurerbewegung.

#### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

In Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Halle a. d. S., Köthe, Breunlan, Gramzow, Randsberg a. d. W., Gilsberg, Rissa, Neustettin, Greifswald, Friedland, Sternberg, Büchel, Bacin, Cebitz-Tramm, Wismar, Waren, Wilhelmshagen, Gelnick, Kreuznach, Schneisen, Wönningsstedt, Garfeld, Miendorf, Witzelndorf.

Gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wiffen & Wähler, S. Baumgarten, Karl Baumgarten, Eggers, S. Thiele, Korbing und J. Fabren, Krug in Hamburg wegen Akkordarbeit; wegen Lohnminderungen die Bauten der Unternehmer Gräfe und Probst in Coburg; die Zuckfabrik in Thüringwerder b. Weizien; in Wehden die Bauten der Walfwerke; in Reppen die Bauten des Unternehmers Gustav Forger; in Mügeln-Weidenau der Schürfausbau wegen Lohnminderung; in Tölz i. B. die Bauten der Gehr. Körner, Hieschen Unternehmer haben Arbeit in Witow und Danzig; in Sagard (Nügen) die Bauten des Unternehmers Galt; in Burgshude die Bauten des Unternehmers S. Schramm; in Barnstede die Bauten der Unternehmer F. Timm, J. Bargmann, D. Preuß, S. Fischer, S. Horn-hold, C. Wähling, B. Volk, S. Gätgens, S. Witt und S. Krohn; in Wittstock die Bauten des Unternehmers Spangenberg, weil er den geforderten Lohn nicht zahlte; in Magdeburg der Bau des Unternehmers Apel, Kaiser Wilhelmstraße; in Pöbejuch der Unternehmer Käbing; in Dammernberg die Bauten des Unternehmers Strauß; in Cäftrin die Bauten des Unternehmers Kube, wegen Maßregelung einiger Kollegen; in Wusterhausen die Bauten des Unternehmers Müller; in Hannover der Museumsbau, Unternehmer Dewitz; in Formedorf die Bauten des Unternehmers Fhe und die Bauten der Firma Barthauer & Seeger in Waidmannslust.

Differenzen, die leicht zum Streik führen können, bestehen in Altenburg, Frankenhäusen, Annaburg bei Torgau.

Durch Zimmererstreiks sind die Maurer in Milteden-schaft gezogen in Cöln, Cöstin und Gemelingen — In Neustetter i. Weßl. streikten die Bauarbeiter.

Am 15. Juli sind die Kollegen in Schneisen zur Erreichung eines höheren Lohnes in den Streik getreten. Einige Unternehmer haben bereits bewilligt. Der Streik erstreckt sich auf die Orte Wönningsstedt, Schneisen, Witzelndorf, Garfeld und Miendorf.

Die Streiklage in Wartin besetzt sich mit jedem Tage. Daß die Unternehmer in großer Noth sind, beweist am besten der Umstand, daß der Sohn eines Meisters kürzlich bei zwei älteren Kollegen ersucht und sie bat, doch mit seinem Vater zu unterhandeln; eine Einigung würde sich wohl erzielen lassen. Diese Bitte wurde von den Kollegen mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Unternehmer sich mit seinen Kollegen an die Streitleitung zwecks Regelung der Angelegenheit wenden möge. In Waren kamen am Montag voriger Woche Zünftler zugereist. Es waren zwei Partiere, elf Gesellen, ein Lehrling (?) und zwei Handlanger. Von wo dieselben kamen, konnte nicht festgestellt werden, wahrscheinlich aus Friedland, jedoch ohne Bewilligung der Unternehmer. Arbeit erhielten sie nicht, da sie

eine zu hohe Bezahlung forderter: 45  $\mathcal{M}$  für die Parfriere und 41  $\mathcal{M}$  für die Gefellen; die Unternehmer boten 33  $\mathcal{M}$ . Die Nacht mußten die Italiener im Polizeigewahrsam zubringen, da kein Einwohnerrath sie beherbergen wollte. Am anderen Tage sind sie nach Westfalen weiter gereist. Die Stimmung der Streikenden ist eine gute. Die Unternehmer hatten fast täglich Konferenzen ab, in denen es mitunter recht stürmisch zugehen soll. Der Hauptgegner der Gefellen ist der Vorsteher der Zimmerei, Zimmermeister Stöhring. Derselbe scheint seine Kollegen durch seinen Gelbbeutel ziemlich stark gefesselt zu haben. Da die Zimmerer Forderungen nicht gestellt haben, ist es ja erklärlich, daß er kein Bedürfnis hat, den Streikenden entgegenzukommen. Es ist aber trotzdem nicht ausgeschlossen, daß in der nächsten Woche eine Verringerung eintritt. Die Unternehmer hatten nämlich stark darauf gerechnet, daß zehn bis zwölf Kollegen in Arbeit bleiben würden; nun dies schlagartig anders ist, kann man sich denken, wie ihnen zu Muth ist.

In **Brenzlau und Oranitzow** hat sich an dem Stande der Ausperrung noch nichts geändert; es sind noch 16 Kollegen ausständig. Am 10. d. M. hatte sich der Kollege Ernst Berndt vor Gericht wegen vorläufiger Körperverletzung eines Streikbrechers zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Verhandlung jedoch vertagt, um Zeugen über die Geschehnisse des Kollegen zu hören.

Von den in **Sandberg a. d. W.** Zugereisten, d. h. von den Unternehmern durch Vorpiegelung falscher Thatfachen importirter Ungarn, sind acht bereits wieder abgereist und weitere achtzehn haben ebenfalls ihre Abreise zugesagt. Auf dem Bahnhof ereigneten sich zum Theil recht stürmische Szenen. Die Polizei, die auf Seite der Unternehmer steht, suchte die Ungarn mit Gewalt an der Arbeit zu hindern, indem sie ihnen die Koffer wegnahm. Die Ungarn reisten jedoch unter Zurücklassung ihrer Koffer ab. Am 9. d. M. wurde ein Arbeiter beim Abbruch eines Gebäudes unter einem herabfallenden Pfeiler verunglückt. Der Abbruch wird von drei Arbeitern ohne jedwede sachkundige Leitung ausgeführt. Der Unternehmer Karl Müller läßt sich nur selten an dem Abbruchbau sehen, wahrscheinlich muß er sich zu viel mit den Streikenden beschäftigen. Nachdem der Unfall passirt war, mußte der schwer Verletzte noch eine halbe Stunde in der Sonne liegen, denn Polizeibeamte waren nicht aufzutreiben, obwohl sie in großen Massen vorhanden sind, wenn es gilt, den Bahnhof abzulassen, oder die Arbeiter an der Ausübung ihres Realisationsrechtes zu hindern. Da auch eine Sanitätskolonne nicht zu beschaffen war, erbarnten sich die streikenden Arbeiter des Arztes Herrn Dr. Krahn die erste Hilfe. Charakteristisch ist, daß die Wirthin des hiesigen Hospits, welche Kaufherrin ist und an deren Grundstück das Abbruchgebäude grenzt, sich entschieden weigerte, eine eiserne Weistelle mit Matrize, die als Tragebalken benutzt werden sollte, herzugeben; erst auf ganz energisches Vorhalten der Streikenden erklärte sie sich dazu bereit. Am Nachmittag des Unfalltages war der Unternehmer fleißig an der Arbeit, um die Spuren des Unfalls zu verwischen. Die Polizei hat sich auch nachträglich um den Unfall nicht gekümmert, es ist deshalb von den Streikenden der Verdacht, daß dem Unfall schriftlich Anzeige erstattet. Ob daraufhin eine Untersuchung eingeleitet wurde, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Der Stand des Streiks ist ein guter.

In **Salle a. d. S.** arbeiten bei 51 Unternehmern, darunter drei Innungsmeistern, 350 Gefellen auf 47 Neubauten zu den neuen Bedingungen; bei Unternehmern, die die Forderungen nicht bewilligten, arbeiten 310 Gefellen und 120 Kollegen befinden sich noch im Ausstände. Am 4. d. M. hatten sich die Maurer Dege und Scheibe und der Kolporteur Koch vor dem Schöffengericht wegen Verübung groben Unfalls und Verleumdung zu verantworten. Dege war außerdem noch des Beregehens gegen § 153 der Gewerbeordnung beschuldigt. Das Gericht sprach die drei Angeklagten von den ihnen zur Last gelegten Verleumdungen frei, verurtheilte sie aber fänglich wegen Unflugs zu je 4. 80 Geldstrafe eventuell 10 Tagen Haft und Dege außerdem wegen Beregehens gegen § 153 der Gewerbeordnung noch zu 14 Tagen Gefängnis.

Der Streik in **Gommern** ist nach 22 wöchiger Dauer am Dienstag, 9. d. M., resultatlos aufgehoben worden. Die Steinbruchbesitzer haben beschloffen, die Arbeiter, welche die Arbeit aufnehmen wollten, erst am 13. Juli wieder einzustellen. Bei Einstellung soll den Arbeitern aufgegeben werden, ihr Verhältnis zum Verband innerhalb 14 Tage zu lösen und aus demselben auszutreten; wer dieser Vorfrist nicht nachkommt, wird wieder entlassen. Arbeiter und Steinhauer (fremde zureisende Arbeiter ausgenommen) dürfen nur mit Beginn der neuen Arbeitswoche eingestellt werden, es sollen aber auch Entlassungen nur bei Vereinbarung der Arbeitswoche stattfinden, falls seitens der Arbeiter keine Verträge wider die bestehende Arbeitsordnung vorliegen. Es ist weiter beschloffen worden, die bestehende Arbeitsordnung für die Folge streng durchzuführen und die Arbeiter darauf hinzuwirken, namentlich sollen die Steinhauer verpflichtet werden, die für die Tagelöhner festgesetzte Arbeitszeit innezuhalten und andere Arbeitspausen als die festgesetzten nicht zu machen. Die gestammte Streikleitung, sowie einige andere Arbeiter, die sich mißliebiger gemacht haben, sollen nicht wieder eingestellt werden. Daß die Polizeibehörde den Vorstehenden des Zweigvereins aufgegeben hat, alle in dem Mitgliederbestande eingetragenen Veränderungen sofort zur Anzeige zu bringen, ist wohl an dem Wunsch der Steinbruchbesitzer, Verbandsmittglieder nicht mehr zu beschäftigen, zurückzuführen. Ob die Herren Grundbesitzer sich zu der Forderung bereit halten, die Polizei werde ihnen in der Durchführung des Beschlusses dadurch behilflich sein, daß sie die Mitgliederlisten ausgehändigt erhalten, vermögen wir allerdings nicht zu beurtheilen.

In **Coblenz** ist die Sperre über das Baugeschäft **Creptow** wieder aufgehoben, nachdem der Unternehmer sich verpflichtet hatte, die Entlassenen wieder einzustellen.

Von den nach **Wetzel** importirten „Berlinern“ haben drei wegen übermäßiger Schnapsgenusses ihre Entlassung bekommen und vier Andere haben unter der Angabe, daß sie hungern müßten, das Arbeitsverhältnis freiwillig aufgehoben; alle sechs sind abgereist. Der Streik ist damit wieder in ein günstigeres Stadium getreten.

**Die Eideshelfer der Halle'schen Unternehmer.**

Der Halle'sche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat kürzlich zu seiner Rechtfertigung ein Flugblatt an die dortigen Bürger verbreitet, in welchem das Organ der „auf Grund des Vertrauensmännerthums centralisirten Arbeiter Deutschlands“, „Die Einigkeit“, und der Leiter der auf Grund eben dieses Systems organisierten Maurer, Kollege **Kater** = Berlin, als Eideshelfer für die arg bedrängten Halle'schen Unternehmer angeufen werden. Das Schriftstück ist so interessant und bildet zugleich einen so werthvollen Beitrag zur Charakterisierung der Leiter der Lokalorganisationen, wie wir sie für die Straße halber nennen wollen, als daß wir es uns versagen könnten, dasselbe zum Abdruck zu bringen. Das Nachwort lautet:

**Der Ausstand der Maurer in Halle a. d. S. im Jahre 1900—1901**  
nicht ein Lohnkampf — sondern der Dedmantel für die zwischen den Lokalorganisationen und generalisirten Organisationen der Maurer ausgebrochene Machtfrage.

Nachdem der Ausstand der Maurer in Halle nach sieben bis achtmonatlichem Kampfe mit einer vollständigen Niederlage der Ausständigen als beendet zu betrachten ist, sei es gestattet, den den Arbeitgebern des Defektoren vorgehaltenen Vorwurfs nochmals des Näheren zu beleuchten, und die gemachten, vollständig aus der Luft gegriffenen falschen Behauptungen mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Am 15. November 1899 trat die sogen. Lohnkommission der Maurer an die Arbeitgeber heran und ersuchte um Festsetzung neuer Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1900. Es wurde der Lohnkommission am 1. Februar 1900 geantwortet, daß vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 ein Höchstlohn von 50  $\mathcal{M}$  für die Stunde gezahlt werden sollte. Dieses Schreiben ist laut Poststempel an den damaligen Mitgesellen Herrn Degensolbe adressirt. Genannter hat es vorgelesen, betr. Schreiben (seiner eigenen Aussage zufolge) der Gesellschaft nicht bekannt zu geben. Der Vorwurf, den die Arbeitgeber begangen haben sollen, war hierüber glücklicherweise in Szene gesetzt. Die Gefellen arbeiteten zwar zunächst ruhig weiter bis zum November, wo der Kampf in den Organisationen immer schärfer wurde, nun mußte der Kampf gegen das Unternehmertum als Dedmantel dienen, unter dem hier das thattsächliche Niederringen der Lokalorganisationen Maurer vollzogen werden sollte. Der Streik mußte unter allen Umständen zur Thatfache werden. Den irreführenden Maurern wurde plausibel gemacht, daß nicht, wie oben angegeben, ein Höchstlohn von 50  $\mathcal{M}$  die Stunde gezahlt werden müsse, sondern ein Minimallohn von 50  $\mathcal{M}$ .

Um dies zu erreichen, wurden bei vier Arbeitgebern die Bauten gesperrt. Die Antwort der Arbeitgeber lautete aber dahin, daß, wenn auf den gesperrten Bauten die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen, nur noch ein Stundenlohn von 45  $\mathcal{M}$  gezahlt werden würde. Die Arbeit wurde nun bei allen Arbeitgebern des Verbandes niedergelegt. Es mag der Standpunkt der Halle'schen Maurer auch hier bieleicht noch der richtige gewesen sein, jedoch nahmen die Dinge bald eine andere Wendung an: so schreitet die „Einigkeit“ — Organ der Vertrauensmänner der Maurer Deutschlands — vom 12. Januar 1901:

Am 5. Dezember 1900 fand eine gemeinsame Sitzung der beiderseitigen Lohnkommissionen in Halle statt, in der auch der Kollege Paepelow-Hamburg und meine Wenigkeit anwesend waren. Hier drehte es sich besonders darum, nach Lage der Dinge den Streit in andere Bahnen zu lenken, da Tag auf einmal zur Kenntniß, daß man heimlich der Menge in's Ohr geflüstert hätte, die Stadvereiner haben kein Geld mehr, darum wollen sie die Kattit ändern; und wir, die Verhändler, hätten es aus 1. — Eine Aeusserung Paepelows, die ich hier wiedergeben will, weil ich von ihm die Erlaubniß dazu erhielt, lautet:

„Solche Streiks, wie der in Halle; könnten wir 20 haben, das hält unsere Verbandskasse aus.“

Er glaubte dies erklären zu müssen, weil ein Verbandsmitglied, Weinhold mit Namen, uns jurist: „Ihr habt ja kein Geld mehr!“ erklärte Paepelow als fernere Kattit, den Streik so lange aufrecht zu erhalten, bis die Arbeit eingefloren ist, und dann nach dem Frost, wenn der so abei Wochen gedauert hätte, stillschweigend die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn dann ein oder der andere Kollege bei einem Bundesmeister in Arbeit ginge, dann könne man ihm wohl leise Vorwürfe machen, jedoch solle man ihn deswegen nicht aus der Organisation ausschließen! Es müsse dann später die günstige Jahreszeit und Gelegenheit abgewartet werden, um das Verlorene wieder zu erlangen.“ Er gab also den gegenwärtigen Ausstand als thatsächlich verloren an.

Es war schon damals festgestellt, daß gut ein Drittel der Streikenden nur als Arbeitslose zu bezeichnen wären! Auch damals wurde schon der Antrag Emmer gestellt und begünstigt, der in der Versammlung am 30. Dezember die erregten Debatten hervorrief. (Siehe Versammlungsbericht in Nr. 1 der „Einigkeit“.) Ich brauche wohl darauf nun nicht weiter einzugehen, weil auch die verschiedenen Berichte in der „Einigkeit“ gestanden haben. Aber den Kern der ganzen Sache will ich doch des Näheren zeichnen.

In der Woche vom 24. bis 29. Dezember hatten sich die beiden Kommissionen geeinigt, nur für zwei Tage Unterstützung zu zahlen, weil ja auch auf mehreren Arbeitsstellen am Montage, sowie am sogenannten dritten Feiertage nicht gearbeitet würde. Diese Vereinbarung wurde von den Verbändlern umgesetzt in **Weissen Silberbach** und **wahrscheinlich auf sein Kommando**. Man wollte den verhassten „Wilden“ ein auswärtigen. Es wurde gegen den gemeintem gefassten Beschluß nicht nur, wie der Versammlungsbericht sagt, für vier Tage, sondern für sechs Tage Streikunterstützung ausgezahlt, für die zwei Weihnachtstage. So was ist bis jetzt noch nicht dagewesen. Die Verrechnung stimmt aber sehr gut und der Schlag gegen unsere Organisation sitzt auch. Was ist wohl leichter, eine Majorität für sich zu erlangen, als in solchem Fall. Wenn der Vertreter des Verbandes sich hinsetzt (Silberbach) und giebt den streikenden, sowie arbeitslosen Kollegen zu verstehen: „Hört, wenn Ihr für den Antrag Emmer stimmt, dann müß ich einen Theil von Euch arbeiten gehen.“

Er muß die Woche  $\mathcal{M}$  1.50 zur Streikkasse beisteuern, der andere Theil bekommt doch keine Arbeit, muß also weiter unterstützt werden, da rath ich Euch, lieber Alle zusammen die Arbeit zuseh zu lassen. Ihr müßt unterliegen und wenn es noch dreimal sechzigtausend Mark kostet.“ dafür sind selbst chinesische Kattis zum Streifen zu haben, wenn sie den ganzen Winter hindurch ohne Arbeit doch mit  $\mathcal{M}$  12 wöchentlich und für je ein Kind die Woche mit einer Mark unterstützt würden.

Wo bleiben da die Prinzipien? Wo bleibt da die Ehre des Arbeiterführers? Wo bleibt da der gewissenhafte Sachwalter über Arbeitergroßen, die gewiß nicht dazu gesammelt werden, um in solch unerantwortlicher Weise verpulvert zu werden? Hier liegt der Kern, hier liegt die Macht offen zu Tage, die Silberbach nach seiner eigenen Erklärung im Einverständnis mit der Verbandsleitung verfolgte. Hier ist und soll es den verhassten Kolossen nachdrücklich nahegelegt werden, daß es eine Einigkeit ohne Einheit nicht giebt! Hier gilt es: Nieher mit den Kolossen und dann hinein in einen Vertrag mit dem Unternehmertum durch die Verbandsleitung, damit die brüderliche Selbstständigkeit des Wächters für immer getroffen. Es soll über das Wohl der Arbeiter nur von zwei Personen entschieden werden, einem Herrn aus Hamburg oder Berlin als Arbeitnehmer, und einem Herrn aus Berlin oder Breslau als Arbeitgeber; die mit behandlungslosen Händen in Grad und weißer Weste bei einer Halle Eck die Gefelle der Maurer besprechen und entscheiden. — Maurer Deutschlands, seid auf der Hut, seid Euch Eure Leute genau an und laßt Euch Eure Selbstständigkeit nicht ganz rauben.

Die Halle'sche Vereinigung wird durch dieses Spiel des „Mattenfängers von Hameln“ ziemlich schwer geschädigt werden, jedoch, wenn er auch die Kinder und Schwächen mit hinein nimmt in den Berg, die alten und starken Kollegen werden stehen bleiben und später wieder bestrickend und sammelnd ihre Eulidigkeit thun.

Diesem letzteren bieleicht übrig bleibenden Theile rufe ich Muth zu.

Ihr Maurer Deutschlands vom Verbands der deutschen Maurer in anderen Städten werdet die Früchte dieser Selbstvergebung an eigenen Leibe erfahren, wenn Ihr bieleicht eine kleine Lohnerhöhung durch einen Ausstand erkämpfen wollt. Man wird Euch dann fragen, so wie es den Kollegen in Kassel, in Frankfurt, in Bogum, in Dortmund und Essen gesagt wurde: Gütig auf oder sanft nicht erst an, es ist nicht Zeit zu kämpfen, wir müssen versuchen, uns so zu verständigen. — Man sagt Ihr den Verbandsleitern. In Halle habt Ihr, die Verbandsleitung, Kaufende und Wertausende von Mark als Arbeitslosenunterstützung nutzlos ausgegeben, nicht etwa, um dem Unternehmertum zu wehe zu thun, sondern um die Kolossen niederrinzuringen. Da war Geld in Fülle vorhanden. Freis Kater.“

Der Weiteren heißt es in der „Einigkeit“:

In der Sitzung der Geschäftskommission der Vertrauensmänner-Zentralisationen Deutschlands, die am 8. Februar d. J. unter Leitung der Vorstände und Vertreter der der Geschäftskommission angeschlossenen einzelnen Organisationen abgehalten wurde, wurde nach eingehender Beratung der Beschluß gefaßt: „In Erwägung, daß besonders die falsche Kattit, welche der Verband der Maurer den Streikenden aufgegeben hat und deren Verringerung er nicht zuläßt, obgleich sie nur durch eine kleine Mehrheit der Abstimmanden gestützt wird, der Ausstand in Halle vollkommen aussichtslos ist und die Gefahr vorliegt, daß bei Fortsetzung des Ausstandes die in Halle ansässigen Maurer durch Streikbrecher vollständig aus Halle vertrieben werden, erklärt die Versammlung, sie könne eine weitere Unterstützung des Ausstandes, gegen dessen Zweckmäßigkeit von Anfang an Bedenken bestanden, nicht weiter unterstützen, ohne sich planloser Geldverschwendung schuldig zu machen. Es wird daher beschloffen, mit der ablaufenden Woche die Geldsendungen nach Halle einzustellen. Dieser Beschluß wurde nach eingehender Erwägung nicht leichtfertig gefaßt; es war aber die Wucht der Thatfachen so schwer, daß man einstimmig zu der Ueberzeugung kam, es müsse den Opfern für eine aussichtslose Sache endlich ein Ende gemacht werden. Zur Verhütung der ununterbrochenen angeschlossenen Gewerkschaften außerhalb Berlins fügen wir noch hinzu: Es waren durchaus nur die sachlichen Gründe, die das Aufgeben der weiteren Unterstützung notwendig machten. Sollte man wirklich eine Möglichkeit gesehen, den Ausstand durch weitere Unterstützung zu einem siegreichen oder auch nur vortheilhaften Abschluß für die Arbeiter zu bringen, so wären die Mittel dazu noch für längere Zeit genügend vorhanden gewesen, daran hätte es nicht gefehlt. Man lasse sich also nicht durch lügnisvolle Verbreitungen von anderer Seite irre machen, wenn sie die unwahre Behauptung aufstellen, uns wären die Mittel ausgegangen. Die Geschäftskommission und die Gewerkschaften konnten nur einer weiteren Berücksichtigung von Arbeitergroßen nicht länger zusehen und sie nicht länger mitmachen. — Die Berliner Maurer hatten schon vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, den Ausstand nur dann weiter zu unterstützen, wenn die dort angenommenen unfluge Kattit geändert wird. Da dies nicht zu erreichen war, mußten die Folgen daraus gezogen werden. Die Geschäftskommission.

Deutlicher kann wohl nicht geredet werden. Wenn man bedenkt, daß dies schon in einer Witter Februar erscheinenden Nummer geschrieben ist, so weiß man nicht, ob man die Streikleiter nicht noch mit anderen Namen als direkte Volksverführer bezeichnen soll oder ob man die von den Streikleitern irreführenden Massen in ihrer Vertrauensseligkeit nicht geradezu bemitleiden soll. Denn einem bürgerlichen Arbeitgeber oder einer ihm nahe stehenden Persönlichkeit wird nicht der hundertste Theil dieses Vertrauens getraut. — Wer hat denn hier das Vertrauen der Arbeiter getauft? Wer hat denn schamlose Verbreitungen getrieben? Wer hat denn die Massen irreführt? Wer hat denn die Lügen verbreitet? Wer hat die Arbeitergroßen verschleudert?

Jedem einseitigen Arbeiter, der sich ein eigenes Urtheil bildet und nicht Alles, was die Genossen sagen, als Evangelium hinuntreibt, der wird aus diesem Artikel eines Vertrauensmännerbundes mehr lernen, als aus hunderttausend Worten der Streikleiter, der „Genossen“ und des hiesigen sozialdemokratischen Blattes.

Nun zum Schluß: Wie oben angedeutet, sind die in Halle anhängigen Maurer fast gänzlich aus Halle vertrieben und müssen in der Fremde für geringere Löhne als in ihrer Heimat arbeiten. Dies ist der Grund für den langen Aufenthalt des Arbeitgebers-Verbandes für das Baugewerbe in Halle a. d. S.

Wie man sieht, ist fast das ganze Flugblatt aus der „Einigkeit“ entnommen, nur die letzten Sätze sind eigenes Produkt; sie bilden aber die logische Schlussfolgerung für denjenigen, der der Darstellung der „Einigkeit“ Glauben schenkt. Wir glauben, nicht nötig zu haben, den Unsinns und die schweren Verdächtigungen zu widerlegen, da dies der Kollege Kapellon und der Verbandsvorstand in der Nr. 8 resp. 4 unseres Blattes vom 19. und 26. Januar d. J. in ausreichendem Maße getan haben. Konstatieren wollen wir nur, daß uns kein Fall in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bekannt ist, in welchem die Unternehmer eine Arbeiterorganisation gegen die andere auspielen konnten. Der Leiter der Isalorganisierten Maurer und sein Organ „Die Einigkeit“ haben hierin den ersten Versuch geschaffen, um den sie wahrlich niemand beneiden wird. Zu dieser glanzvollen Leistung bemerkt denn auch das „Halle'sche Volksblatt“, unser Parteiorgan: „Aur dem Bedauern wollen wir Ausdruck geben, daß sich die heiligen Schamfächer im Baugewerbe auf den Bezirk eines Arbeiterorgans — „Die Einigkeit“ ist das Sprachrohr der Isalorganisierten Gewerkschaften — stützen konnten, um ihre Verdächtigungen gegen die Streikenden zu schleudern. Der betreffende Artikel-Schreiber mag sich die Frage, ob es gut und notwendig war, alle Details der gemeinsamen Verhandlungen der Öffentlichkeit preiszugeben, nach der Ausschlichtung durch den Bauarbeiterverband selbst beantwortet. Geradezu widerlich aber wirkt es, wenn Arbeiter ihren Kameraden und Kollegen gegenüber von den Herren aus Hamburg oder Berlin „mit den behandsühten Händen und dem Frack und weißer Weste“ sprechen, die bei einer Wulle Sekt über die Geschichte der Maurer beratseln. Das ist eine Geschmackslosigkeit, welche man den Blättern vom Schlege der „Halle'schen Zeitung“ oder der „Post“ überlassen sollte.“

Die Halle'sche Streikleitung hat ebenfalls in dem obengenannten Parteiorgan Stellung zu dem Flugblatt genommen. Nachdem sie eine atemhäftige Darstellung von den Vorgängen, welche schließlich den Streik herbeiführten, gegeben, schreibt sie:

„Was die Schreibweise der „Einigkeit“ zu diesem Streik anbetrifft, so wollen wir in kurzen Worten den Sachverhalt hier festlegen. Die Vertrauensmännerorganisation der Maurer konnte auf die Dauer den Zustand nicht unterhalten und sollte deshalb schon im Januar der Kampf beigelegt werden, zu einer Zeit, als derselbe ein sehr günstiger war. Darum konnten die Mitglieder des Fachvereins nicht einsehen, da, wo die Möglichkeit geboten ist, daß wegen der Unterwerfungsgedanken vor dem Kapital nicht braucht Kapitalist zu werden, der Kampf unbedingt fortgesetzt werden muß, und zwar schon deswegen, weil Prinzipienfragen nicht mehr bei den beiden Organisationen in Betracht kommen, und deshalb es taktisch richtig war, daß die Maurer Schuster an Schuster ihr gutes Recht gegen das proskriptive Benehmen der hiesigen Arbeitgeber verteidigten.“

**Versammlungen und sonstige Bewegung.**

Am Sonntag, den 4. August, Vormittags 10 Uhr, findet in Erfurt im Gasthaus „König von Preußen“ eine Konferenz des Agitationsbezirks Erfurt statt.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasienbericht. 2. Welche Zahlstellen im Bezirk müssen als ein Zweigverein konstituiert werden? 3. Festsetzung des Gaubezirks und Wahl des Gauvorstandes. 4. Agitation (Referent Th. Bömelburg). 5. Anträge.

Wir ersuchen alle Zweigvereine, die Konferenz durch einen Delegierten zu beschicken. Zum Empfang der Delegierten sind Erfurter Kollegen, kenntlich an weißrothen Schleifen, am Bahnhof anwesend.

**Die Agitationskommission.**  
J. A.: Joh. Schenk, Erfurt.

**Aus dem Osten Deutschlands.**

Die Tätigkeit im Baugewerbe war im vergangenen Jahre und in den vorhergehenden Jahren eine außergewöhnlich lebhaft. Die Entwidlung der Industrie, besonders in Westpreußen, sowie die großen Kerkernanlagen, welche durch die Verklärung der Militärmacht notwendig wurden, wirkten vorteilhaft auf dieselbe ein. Angeregt durch die Nachfrage nach Wohnungen und die sich bietenden Aussichten auf raschen und mühselosen Gewinn hat auch die Spekulationsbeurteilung einen großen Umfang angenommen, die weit über das Bedürfnis hinausging. Selbst in den kleinen Provinzialstädten sind in den letzten Jahren Wohnhäuser entstanden, wie sie sonst nur in großen Städten zu finden waren.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Maurer sind als schlechte zu bezeichnen. Obgleich infolge der regen Bau-tätigkeit der letzten Jahre eine große Nachfrage nach Maurern vorhanden war, ist es unseren Kollegen doch nicht möglich gewesen, stabile Löhne und Arbeitsbedingungen einzuführen; nur Bromberg und Posen machen hier von einer Ausnahme. Die Festsetzung der Arbeitsbedingungen blieb ein Privilegium der Unternehmer und Parkiere, weil unsere Kollegen, selbst in den großen Städten, in ihrer Mehrheit der Organisation fern standen.

Eine ständige Beschäftigung im Winter giebt es für die Maurer in allen drei östlichen Provinzen nicht. Bis auf wenige Ausnahmen müssen sie die arbeitslose Zeit, die im vorigen Winter drei Monate und darüber betrug, ohne jeglichen Verdienst zu überwinden suchen. Nur die Kollegen, die auf den Dörfern wohnen und sich im Haushalt nützlich machen können, und diejenigen, in deren

Wohnort eine Zunderfabrik sich befindet, können auf einigen Verdienst im Winter rechnen.

Die tägliche Dauer der Arbeitszeit ist sehr verschieden. Der ZehnStunden tag ist erst in der letzten Zeit in einigen Orten eingeführt, aber auch hier versuchen die Unternehmer, denselben durch Einführung von Überstunden wieder zu verlängern. In den meisten Orten ist noch die zwölfstündige Arbeitszeit vorherrschend, ja in einigen Orten werden noch 13 Stunden täglich gearbeitet und zwar von Morgens 6 bis Abends 8 Uhr; bis Ende der achtziger Jahre soll sogar von Sonnenaufgang bis zu ihrem Untergang gearbeitet worden sein. Ein Glück für die Kollegen, daß die Sonne nicht auch des Nachts schien, denn sonst hätten sie wohl keine Nachtruhe bekommen, um sich neue Kräfte für den anderen Tag sammeln zu können.

Die Lohnhöhe ist überall verschieden, ja selbst in den einzelnen Baugewerken werden ungleiche Löhne gezahlt. Bei der Festsetzung der Löhne wird seitens der Unternehmer nach dem Grundfaß verfahren: Jeder erhält nach Leistung bezahlt, d. h. die Unternehmer benutzen dieses Schlagwort, um die gemeinsame Ausbeutung ihrer Arbeiter bemänteln zu können. Stundenlöhne werden nur dort gezahlt, wo die zehnstündige Arbeitszeit durchgeführt ist, in allen anderen Orten wird der Lohn nach Tagen berechnet. Im Sommer des vorigen Jahres wurde in den größeren Städten bei elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit ein Tagelohn bis zu M 4.50, in kleineren Orten ein solcher bis zu M 3.75 gezahlt. Infolge des wirtschaftlichen Niederganges sind die Löhne aber seit dem Herbst des vorigen Jahres von den Unternehmern ganz bedeutend heruntergedrückt. In Jönköping, Gröndens, Horn und Alenstern wurde z. B. im vorigen Jahre ein Lohn von M 4.20 und darüber gezahlt, während er im Oktober vorigen Jahres und April dieses Jahres bei derselben Arbeitszeit bis auf M 3.20 und M 3 gelautet war. Nur in den Orten, in welchen die Organisation einigen Einfluß geübt hatte, blieb der Lohn auf derselben Höhe, wie im Vorjahre.

Auch die Affordarbeit ist fast in allen Städten üblich; die Arbeiter werden ausschließlich im Afford fertiggestellt. Die Preise sind als sehr niedrige zu bezeichnen. Für den Innenputz, einschließlich der Decken, werden pro Quadratmeter durchschnittlich 20 bis 22 S gezahlt.

Recht traurig stellt sich mit der Unfallversicherung und den hygienischen Einrichtungen auf den Bauten; Bauhaben, wie sie namentlich im nordöstlichen Deutschland üblich sind, sind nur ganz vereinzelt anzutreffen. Ihre Mängel nehmen die Arbeiter auf der Straße ein, wobei sie allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind; wollen sie sich dagegen schützen, so sind sie auf einen in der Nähe des Baues sich befindenden Schnapsladen angewiesen.

Die Gerichte werden von den Maurern hergestellt. Die Ausführung ist sehr mangelhaft. Obgleich die Arbeit im Hinblick auf die Unfallgefahr von der größten Wichtigkeit ist, wird sie nur mit wenig Zeitaufwand ausgeführt; die Arbeiter der Parkiere und Unternehmer läßt den Arbeitern keine Zeit, den Gerüstbau gut und sicher herzustellen. Eine Bautenkontrolle kennt man im Osten Deutschlands nicht. Daher kommt es auch, daß das Publikum in belebten Straßen nicht einmal vor Unfällen geschützt ist, denn nur in den seltensten Fällen sind Schutzvorrichtungen an den Bauten vorhanden; oftmals sind auch die Bauten nicht einmal durch einen Bauzaun von der Straße abgeperrt. Die Abdeckung der Balkenlagen und die Laufbrücken innerhalb eines Baues spotten jeder Beschreibung. Selbst bei großen Staatsbauten, wo Arbeiter in mehreren übereinanderliegenden Etagen beschäftigt sind, ist es in dieser Beziehung nicht besser. Einem im Bauaufstehenden Praktiker muß beim Anblick dieser Lotterei unwillkürlich der Gedanke kommen, um wie viel segensreicher die Polizei auf diesem Gebiete wirken könnte, als in der Behinderung der Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes.

Ueber die Tätigkeit der Maurer im Osten Deutschlands sind vielfach falsche Vorstellungen vorhanden, weshalb auch diese Frage kurz berührt werden mag. In allen drei Provinzen besteht ein ausgeprägtes, ziemlich gutes Lehrlingswesen. Wenn auch von einigen Baugewerksmeistern die Lehrlingszahl in großem Maßstabe betrieben wird — es gehört durchaus nicht zu den Seltenheiten, daß ein Innungsmeister 20-25 Lehrlinge jährlich „auszubildet“ —, so ist dieser Zustand immerhin noch dem in Süddeutschland vorzuziehen. Denn erstlich werden doch die jungen Leute sich einige Fachkenntnisse aneignen können, während in Süddeutschland und anderen Gegenden der „Speisfuß“ ohne Weiteres zu Hammer und Kelle greifen kann, um als Maurergeselle zu gelten. Zweitens erfährt auch das Zusammengehörigkeitsverhältnis der jungen Leute während der Lehrjahre gute Förderung, was viel mit dazu beiträgt, daß dasselbe auch in den späteren Gellenen nicht gänzlich verloren geht. Auf die Lehrlingsausbildung sowie auf den Einfluß, welchen die Lehrere der alten Gesellenvereinigungen auf das Handwerk ausübten, ist es zurückzuführen, daß sich immer, selbst unter schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, ein Stamm guter tüchtiger Maurer erhalten hat, welcher allen Ansprüchen, die durch die Entwidlung der Technik im Baugewerbe an einen Maurer gestellt werden, vollständig Genüge zu leisten vermag.

Die Agitation unter den Kollegen war und ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft und hat wenig Erfolge gezeitigt. Einzelnes ist dies darauf zurückzuführen, daß Versammlungstote nur sehr wenig zur Verfügung stehen und theilweise von den Behörden abgetrieben werden und andererseits läßt die Angst vor dem Unternehmertum die Kollegen nicht dazu kommen, der Organisation beizutreten. In der letzten Zeit hat sich aber eine Wandlung zum Besseren vollzogen. Wenn auch die Hindernisse nicht geschwunden sind, so ist doch die Begeisterung für die Organisation bedeutend gewachsen, so daß jetzt bereits 40 Zweigvereine des Verbandes in den drei Provinzen bestehen. Es wird nun Aufgabe der Verwaltungspersonen sein, die gewonnenen Mitglieder an die Organisation zu fesseln und neue dazu zu gewinnen. Diese Aufgabe ist keine leichte, weil die meisten Kollegen den Zusammenhang der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht kennen und darum der Organisation wieder den Rücken kehren, wenn ihnen nicht sofort ein in die Augen springender Vortheil geboten wird. Auch wird es noch viele Mühe kosten, sie bei ihren schlechten Massenverhältnissen an die regelmäßige Beitragszahlung zu gewöhnen. Das nun aber die Beiträge so eingerichtet sind,

daß selbst der schlechtest bezahlte Arbeiter bei etwas gutem Willen seinen Pflichten nachkommen kann, wird sich auch dieses überwinden lassen. Voraussetzungslos wird es nicht lange mehr dauern, bis auch im Osten Deutschlands dem Verbande gute, leistungsfähige Zweigvereine erblichen, wie er einen solchen bereits in dem Zweigverein Bromberg besitzt.

**Situationsbericht.**

Entsprechend dem Wunsche der Redaktion unserer Festschrift, beschloß der Zweigverein Nürnberg, statt der Versammlungsberichte alljährlich einen Situationsbericht an den „Grundstein“ einzufenden, da nun zur Zeit Wichtiges zu berichten ist, soll hiermit der Anfang gemacht werden. Die zwei letzten Mitgliederversammlungen, am 27. Juni und 11. Juli, beschäftigten sich hauptsächlich mit Organisationsfragen. In der ersten wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Mieselener, und in der zweiten die bei der Firma Willeky & Woch, Filiale Nürnberg, beschäftigten, besprochen. Bei genannter Firma war immer die zwölfstündige Arbeitszeit maßgebend gewesen, welche die dort beschäftigten organisierten Kollegen bei der jetzigen guten Konjunktur theilweise abgekauft hatten. Da aber die Mehrzahl der Mieselener nicht organisiert war, konnte die bestmögliche Arbeitszeit nicht ganz durchgeführt werden. Es wurde deshalb beschlossen, unter den Mieselenern sofort eine rege Agitation zu entfalten. Zwei zu diesem Zwecke erforderliche Versammlungen hatten das Ergebnis, daß sich hier eine Section der Mieselener des Zweigvereins Nürnberg bildete. Zu gleicher Zeit wurde auch die zehnstündige Arbeitszeit ganz durchgeführt. Es muß jedoch auf die Firma Willeky & Woch (Geschäftsführer Moritz) aufmerksam gemacht werden, weil dieselbe in vielen deutschen Zeitungen Mieselener sucht. Es wurde vorgebracht, daß den auf diese Art gewonnenen Kollegen nicht der festgesetzte Lohn bezahlt wurde. Die Firma hat überhaupt in der letzten Zeit besonders die Affordlöhne in sehr hohem Maße reduziert. Mehrere Kollegen führten sich nach diesen Vorkommnissen beantragt, die Arbeit niederzulegen. Es wird deshalb den Mieselenern gerathen, sich von der Firma Willeky & Woch nicht fangen zu lassen.

Die Verwaltung hatte beschlossen, die Bautenagitation probeweise einzuführen. Der Kollege Weisker wurde beauftragt, Agitation auf Bauten zu betreiben und Versammlungen abzuhalten. Stellt sich dabei heraus, daß die Agitation von Nutzen ist, so soll sie für ganz Nürnberg eingeführt werden. Der Hauptvorstand soll dann ersucht werden, die Hälfte der Kosten aus der Hauptkasse zu bewilligen. Die Mitgliederversammlung am 11. Juli stimmte dem zu.

Nachtrag. Der Schriftführer erlaubt sich, an die Kollegen Nürnbergs einige Worte zu richten. Kollegen! Es muß gesagt werden, daß unter Euch sehr viele sind, die die Mitgliederversammlung, ja die ganze Gewerkschaftsache vernachlässigen; daß unter Euch viele sind, die durch gegenseitigen persönlichen Haß die Sache, das Ansehen der Organisation, in sehr hohem Maße schädigen, und besonders die Agitation fast unmöglich machen. Jetzt, da eine intensive Agitation beschlossen ist, ist es höchste Zeit, sich von Kleinlichkeiten loszureißen und sich der großen Sache, die uns aus Noth und Glend heben soll, zuzuwenden. Kollegen, bedenkt, wie die Fortsetzung dieser Geschäftigkeiten, besonders in den Mitgliederversammlungen, zunächst auf neue eintretende Mitglieder wirken muß! Wollt Ihr nicht, daß es mit unserem Zweigverein abwärts gehen soll, wie es seither der Fall war, wollt Ihr vielmehr, daß unser Zweigverein blühen und gedeihen soll, um für uns etwas Ersprießliches leisten zu können, dann Kollegen, gebt Eure persönlichen Neereien auf.

In Elberfeld tagte am 7. Juli eine Konferenz, welche sich damit beschäftigte, die Agitationsbezirke Köln, Düsseldorf und Dortmund in zwei Gauen einzuteilen. Es waren von 27 Zahlstellen 40 Delegierte entsandt worden, und außerdem waren anwesend die bisherigen Agitationskommissionen und vom Hauptvorstand der Kollege Bömelburg.

Den Bericht über den Agitationsbezirk Köln brachte der Kollege Schulz. In längeren Ausführungen schilderte er die misslichen Verhältnisse der Kölner Kommission und klagte besonders über die vielen Veränderungen und persönlichen Streitigkeiten innerhalb derselben, so daß die Agitation nur von einzelnen Kollegen betrieben werden konnte. Wenn es im Bezirk nicht so recht vorwärts gegangen sei, so sei nicht allein die Kommission schuld daran, sondern auch Kollegen aus den übrigen Zahlstellen. So seien Mühlheim a. Rh. und Alren durch Veruntreuungen und Unterschleife einiger Kollegen bedeutend wieder herabgekommen. Ähnliche Verhältnisse bestehen in Elberfeld; auch diese Zahlstelle liegt vollständig darnieder. In Nippes konnte eine rege Agitation nicht betrieben werden, da stets die zu Versammlungen gemoinenen Galle wieder abgetrieben wurden. Dagegen seien in den Zahlstellen Koblenz und Aachen sehr gute Fortschritte zu verzeichnen und habe sich letztere trotz der ungünstigen Verhältnisse sehr gut entwickelt. Die Einnahmen belaufen sich im ersten Halbjahr 1899 bis zum ersten Halbjahr 1901 auf M 759.49, die Ausgaben auf M 557.71, Kasienbestand M 201.78.

Kollege Kriebisch brachte den Bericht von der Düsseldorf-Kommission. Er behauptete, daß er einen ausführlichen Bericht nicht erstatten könnte, da er der Kommission erst kurze Zeit angehört; er könne sich den Bericht der Kölner Kommission anschließen. Auch in Düsseldorf wäre der Wechsel in der Kommission mit an der Tagesordnung. Zahlstellen seien in Elberfeld und Mettmann gegründet worden. Die Zahlstelle Neuss sei leider wieder verloren gegangen, da es dort an tüchtigen Kräften gefehlt habe.

Kollege Verein erstattete dann den Kasienbericht. Die Einnahmen belaufen sich vom ersten Halbjahr 1899 bis erstes Halbjahr 1901 auf M 1288.75, die Ausgaben auf M 1278.60, Bestand M 10.15.

Rom Dortmund wurde der Bericht der Kollege Pflüger anwesend. Er tadelte in scharfen Worten einzelne Zahlstellen, da dieselben sich nicht im Bedürfnisfall an die Kommission, sondern an andere beliebige Personen gewandt hätten und auf diese Art und Weise ein Zusammenarbeiten nicht möglich gewesen wäre. Gleichzeitig verlas er auch den Kasienbericht. Einnahme vom 3. Quartal 1900 bis 3. Quartal 1901 M 207.81, Ausgabe M 201.11, Bestand M 6.70.

In der Diskussion über die Berichte der einzelnen Kommissionen befragt sich Jurid-Sollinger, daß durch den Streik die Zahlstelle erheblich retourn gegangen sei. Im Streik hätte sich die Zahlstelle retourn nicht in Sollinger sehen lassen, auch habe der Hauptvorstand betreffs Zahlung der Streikarbeiter keine Rücksicht nicht erfüllt. Aus diesen Gründen set der Streik in's Wasser gefallen. Der Kollege Böhmelburg vermahnt sich ganz empfindlich dagegen, daß der Vorstand Unrecht getan hat. Die Angelegenheit solle vollständig klar gelegt werden, und zwar bittet Kollege Böhmelburg, daß die Sollinger Kollegen Beschwerde beim Ausschuß führen sollen, womit diese auch einverstanden sind. Es verbreiten sich noch mehrere Kollegen über die örtlichen Verhältnisse ihrer Zahlstellen, und war daraus zu ersehen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die drei Agitationsbezirke in der letzten Zeit nicht die besten sind. Kollege Böhmelburg suchte daraufhin zu beweisen, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage der anderen Gewerbe nicht schuld sei, wenn die Organisation keine besseren Fortschritte in Weimarn und Westfalen macht, sondern es sei auf die große Perseveranz, Uneinigkeit und Gleichgültigkeit der in diesen Bezirken arbeitenden Kollegen zurückzuführen, und man werde hier nicht eher etwas erreichen, bis die Streitigkeiten vollständig aufgehört haben und die Kollegen eine kräftige Agitation entwickeln. Zum zweiten Punkte: „Einsetzung und Konstituierung der Gane auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages zu Mainz“, schloß Kollege Böhmelburg der Konferenz vor, Weimarn und Westfalen in zwei Gane zu theilen. Ein jedes Gane für Westfalen solle Vorortmann, für Weimarn ein sein. Ferner beantragt er, pro Jahr und Mitglied 80 M aus den Lokalfassen der Zahlstellen an die Gantafel abzuliefern. Nach einiger Diskussion wurde der Vorschlag Böhmelburg's einstimmig zum Beschluß erhoben. Zu Gantafelarbeiten wurden mit großer Majorität gewählt, für Vorortmann Kasch-Dübbing, für Weimarn Mühs-Gierfeld. Die Gantafelarbeiten erhalten durch Beschluß der Konferenz 140 monatlich und die Langkosten. Auf Antrag des Kollegen Böhmelburg wurde Punkt 3: „Agitation und Lohnbewegung“, wegen vorgerückter Zeit verlagert. Mehrere Kollegen verweisen noch auf die Bauernkontrolle und die Landeskommission, sowie auf die Gewerkschaftskarteile. Beide Organisationen leisteten nicht entfernt das, was sie eigentlich leisten sollten, trotz der Mittel, die meistens der Maurer zur Verfügung gestellt wurden. Die Meinung der Konferenz kam in nachstehender angenommener Resolution zum Ausdruck: „Die heute im Volksaufstand zu Eisenfeld tagende Konferenz der Maurer Weimarns und Westfalens beauftragt die Delegierten, in ihren Orten dafür zu sorgen, daß die Beiträge zur Bauernkontrolle und Landeskommission möglichst reduziert werden und auf der nächsten Bauarbeiterkonferenz die Landeskommission aufzulösen ist.“ Die Beratung des Resolutions erfolgte auf Grund der Beschlüsse der Stellener Konferenz und wurden dieselben mit einigen Änderungen einstimmig angenommen.

In Mittwochs tagte am 12. Juli eine öffentliche Maurerverammlung im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“. Kollege Müller-Breslau führte den Bericht der Organisation klar vor Augen und ersuchte die Kollegen in einer gut zu Herzen gehenden Rede, sich der Organisation anzuschließen. 40 Kollegen haben sich dem Verbande angeschlossen, und ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit auch die anderen Kollegen folgen werden.

Der Zweigverein Verderdorf hielt am 8. Juli seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Aus der Abrechnung ist zu ersehen, daß dem Verein zur Zeit 108 Mitglieder angehören. Ein Antrag des Kollegen Bräsig, den Unterhaltungsfond auf 1.800 zu erhöhen und diesen Betrag der Lokalfasse zu entnehmen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag desselben Kollegen, einen freiwilligen Fahnenfond zu gründen, fand gleichfalls Annahme. Als Einnehmer der Fahnenfondbeiträge wurde für Verderdorf Kollege E. Gide und für Gande Kollege B. Wulf gewählt. Nummer wurde bekannt gegeben, daß über die Nordhäuser Kantabafabrikanten, mit Ausnahme der Firmen Grimm & Triebel und Hensch & Schumann, der Boykott verhängt worden sei; die Kollegen wurden ersucht, denselben strikte durchzuführen. Ferner wurde beschlossen, den Versammlungsbeitrag durch einen Stempel im Mitgliedsbuch zu quittieren. Hierauf hielt Kollege Henke-Hamburg einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Krisis und ihre Wirkung auf das Baugewerbe“. Für seine Ausführungen wurde ihm lebhafter Beifall gezollt. Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen noch einige Stunden beisammen, um das 10jährige Bestehen des Verbandes zu feiern. Der Versammlungsbeitrag war ein guter. Hoffen wir, daß er so bleibt oder aber noch besser wird.

Aus Meißnerode wird uns geschrieben: Die Bauhätigkeit war in diesem letzten Frühjahre eine glänzende, wie noch nie zuvor. Die Unternehmer wurden jedoch sehr enttäuscht, als sie vom Königl. Bergamt saft gar keine Arbeiten bekamen, dieselben wurden vielmehr zum größten Teil auswärtigen Meißner übertragen, weil ihm Jahre vorher die Arbeiter infolge des Streiks nicht zur rechten Zeit fertig gestellt wurden. Also den größten Schaden dem Streik haben die Herren selber zu tragen. Wurden unsere Forderungen im vorigen Jahre (sechshünderte Arbeitszeit und 80 M Stundenlohn) auch nicht ganz durchgeführt, so sahen sich die Unternehmer doch genötigt, in diesem Jahre die sechshünderte Arbeitszeit einzuführen und den Lohn von 80-82 M pro Stunde beizubehalten. Bei den auswärtigen Meißner ist leider die sechshünderte Arbeitszeit noch vorherzusehen und wird es unermesslich viel Arbeit bedürfen, dies abzuschaffen, wenn nicht schlechtere Zustände noch einreihen sollen. Leider kann daran in nächster Zeit noch garnicht gedacht werden. Dem ersten ist der Zudrang von Arbeitskräften vom benachbarten Giesfeld ein großer und zweitens sind auch die hiesigen Kollegen schlecht zu organisieren und die, welche organisiert sind, sind wieder schlechte Versammlungsbesucher, aber desto häufiger Besucher der Schlägerei und Kriegerische. Es liegen hier circa 150-180 Arbeiter in Arbeit, davon sind 70 organisiert. Durch diese Gleichgültigkeit veranlaßt, konnten die Unternehmer auch den 1. Vorposten des Zweigvereins wieder mahnen. Aus derselbe bot dem Unternehmer G. Wernecker um Arbeit anfragte. bekam er die Antwort: „Für dich sag nicht.“ Der Unternehmer S. Feine antwortete: „So habe noch Leute ein, aber nicht.“ Auf die Frage weshalb? gab er zur Antwort: „Sie haben mir im vorigen Jahre die Leute aspenstig gemacht. Dies die Handlungsweise dieser Herren Stimmungsmeister und Befehlsausgeber. Natürlich können die Herrn nicht in solch brutaler Weise vorgehen, wenn die Kollegen, die bei ihnen in Arbeit stehen, sich Mann für Mann ihrer Organisation zuwenden

würden. Auch von den organisierten Kollegen hat keiner den Müß, den Unternehmer auf seine Schließigkeit aufmerksam zu machen und folternd zu handeln. Kollegen, wie lange soll das so hingehen? Wenn Ihr Euch von den Meißner einschließen laßt, wird es bald dahin kommen, was der Unternehmer Vaterodt dem Vorsitzenden während des vorigen Jahres Streiks zur Antwort gab: „Sie können ruhig wieder hingehen, wo Sie hergekommen sind. Sie bekommen überhaupt keine Arbeit wieder!“ Also Kollegen, wendet Euch Eurer Organisation zu, sucht die Versammlungen, dann werden sich die Herren bestimmen, so mit einem Kollegen zu verfahren, der sich für Ausbreitung und Festigung der Organisation opfert; denn tüchtige Führer gebrauchen wir notwendig.

In Burg a. S. fand am 7. 5. M. beim Gastwirt H. Kroll eine öffentliche Maurerverammlung statt zwecks Gründung eines Zweigvereins des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Als Referent war Kollege S. Mügel aus Büchel erschienen und schilderte in einem lehrreichen Vortrage das Wesen der Organisation. Es liegen sich 18 Kollegen aufnehmen. Mit der Ermählung, recht gerne für den Verein zu agitieren, wurde die beschlossene Versammlung gelöst.

Am 29. Juni fand im Lokale des Herrn Steppuhn in Schilb die Mitgliederversammlung des Zweigvereins Danzig statt mit der Tagesordnung: Die schlechte Lage im Baugewerbe. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob sich die Versammlung auf Ersuchen des Vorstehenden zu Ehren des durch Mörderhand um's Leben gekommenen Kollegen Siebe von den Plänen. Hierauf schilderte der Vorsitzende eingehend die schlechte Lage im Baugewerbe. Alsdann gab er bekannt, daß am 18. Oktober in der Sache von Herrn Termin vor dem Landgericht ansetze, in welchem der Bauherr des Hies als Zeuge vernommen werden sollte. Kollege Groß machte dann darauf aufmerksam, daß die Verbände zur Hauptzielvorgabe heute noch ebenso schlecht sind, als sie vor Erlaß dieser Vorchrift waren. Beschlossen wurde, im Juni das Stiftungsfest des Zweigvereins zu feiern. Zum Schluß machte Kollege Jahnisch noch bekannt, daß Beitrittsanträge an den Deutschen Reichstag gegen die Erhöhung der Getreidezölle im Lokale Probsteienstraße 11 zum Unterzeichnen ausliegen; sein Name eines Arbeiters dürfe darunter fehlen.

Am Sonntag, den 7. Juli, tagte in der Saale des „Hotel Deutsches Haus“ die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Eggenstein, welche sehr schön besucht war. Kollege Jähne erstattete Bericht von der am 9. Juni in Sietzin stattgehabten Saisonkonferenz, erläuterte hierbei gleich das neue Statut und legte den Kollegen noch an's Herz, der Organisation treu zu bleiben. Hierbei betonte Redner hauptsächlich die Einrichtung der Sterbeunterstützung, was von allen Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. Ferner wurde einstimmig beschlossen, solche Kollegen, welche der Organisation fern bleiben und statt 40 Wochen im Jahre zu bezahlen, sich später wieder neu aufnehmen lassen und nur neun Wochen und 50 M Eintrittsgeld nachzahlen, mit einer totalen Strafe von 10 pro Mitglied zu beladen.

Der Zweigverein Friedrichsberg hielt am 10. Juli seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Abrechnung vom 2. Quartal und Bericht über die Vertreterkürzungen. Die Abrechnung stellt sich folgendermaßen: Kassenbestand vom 1. Quartal M. 28,25, Einnahme für die Hauptkasse M. 390,25, Einnahme für die Lokalfasse M. 106,40, an die Hauptkasse abgesetzt M. 312,20, Prozente der Einnahme M. 78,05, Ausgabe für die Lokalverwaltung M. 51,60, Ausgabe für die Lokalfasse M. 106,40, Ausgabe für die Lokalfasse M. 51,60, bleibt Kassenbestand M. 54,80. Die Abrechnung wurde von den anwesenden Revisoren bestätigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf erstattete Kollege Brauer Bericht über die Vertreterkürzungen und berief dann einen von dem Zweigverein Harbenberg und Umgegend an die Berliner Kommission gestellten Antrag, worin derselbe den Wunsch äußert, bei Streiks und Lohnbewegungen von längerer Dauer den Mitgliedern zu gestatten, nach Hause fahren zu können. In der Vertreterkürzung kam nach, von dem Resultat, daß dann von den Kollegen nur die halbe Unterstützung gezahlt werden könne, weil sie Hause eine viel billiger Lebensweise führen, als in Berlin. Dieser Antrag wurde in den Zweigvereinen des Berliner Streikbezirks zur Diskussion gestellt und in der obigen Sitzung nach kurzer Diskussion angenommen. Außerdem wurden noch verschiedene Mißstände auf den Bauten kritisiert, unter anderem der Bau des Unternehmers Quied in Marienfelde, welcher den Vertragsbestimmungen entgegen nur 62 1/2 M Lohn zahlt. Die Schlichter-Kommission beschloß im Einverständnis mit den Unternehmern, die Sperrze über den Bau zu verhängen, bis der Unternehmer schon nach eintägiger Dauer zwang, 65 M Stundenlohn zu bezahlen. Da auch unser Ort kommenden Jahres ein Gewerbegebiet erhält, so wurde Kollege Brauer in das die hierzu nötigen Bauarbeiter leistende Gewerkschaftskomitee gewählt. Ein Antrag des Kollegen Siebert auf Entschädigung der Kollegen, welche die Vertreterkürzung zu bejahen haben, wird abgelehnt.

Eine öffentliche Maurerverammlung fand am Freitag, den 12. Juli, im Landrecht'schen Lokale in Harburg statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Die Affordarbeit der Bauarbeiter, führt der erste Vorredner, Kollege Albrecht, aus, daß bedauerlicher Weise die Bauarbeiter sich herbeilassen, die Affordarbeit einzuführen, wogegen man in anderen Städten bemüht ist, dieselbe abzuschaffen, z. B. in Hamburg, wo zur Zeit die Bauarbeiter wegen Abschaffung der Affordarbeit streikten. Redner vergleicht die Affordarbeit mit dem Submissionswesen, nur derjenige erhalte die Arbeit, der das billigste Angebot macht. Ein Beispiel sei hierfür geliefert worden bei dem Unternehmer Meyer, welcher seine Arbeit in Afford vergeben habe und der Preis soweit herunter gedrückt wurde, daß noch nicht einmal der übliche Stundenlohn dabei herauskam. Auch wurde Leben und Gehmtheit der Arbeiter durch das Affordsystem in Gefahr gebracht, indem die Gerichte überladen werden und die Zahl der Unfälle noch vergrößert wird. Mehrere Redner sprechen sich in denselben Sinne aus und beantragen die Handlungsweise der Bauarbeiter auf's Entschiedenste, zumal die jetzigen Leiter der Organisation selbst in Afford arbeiten. Ein Vertreter der Bauarbeiter erklärt sich mit den Mauern einverstanden und berpricht, dafür wirken zu wollen, daß die Affordarbeit beseitigt wird. Es gelang alsdann folgende Resolution zur Annahme: In Erwägung, daß die Affordarbeit der Bauarbeiter den Interessen der Maurer sowohl wie denen der Bauarbeiter schritte zuwider läuft; in fernerer Er-

wägung, daß die Affordarbeit dem Bestreben, die Intensität der Arbeit einzuschranken, geradezu Hohn spricht, beschließt die heutige öffentliche Maurerverammlung, wenn die Affordarbeit in der nächsten Versammlung der Bauarbeiter nicht abgeschafft wird, die schärfsten Maßregeln den betreffenden Bauarbeitern gegenüber zu ergreifen. Im zweiten Punkte: Die Anforderungen der Bauarbeiter auf ihrem Verbandstage unserem Hauptvorstand gegenüber, führt Albrecht aus: Der Delegierte der Bauarbeiter, Genosse Friedrichs, habe an dem Verbandstage erklärt, daß, sobald die Maurer mit den Bauarbeitern in einen Streik verwickelt wären, der Hauptvorstand käme und die Maurer in einer Sitzung derartig bearbeite, daß am anderen Tage sofort die Arbeit aufgenommen würde. Auch das Harburger Gewerkschaftsstatut hat er verurteilt in dem Sinne zu zeigen und die Delegierten desselben beschuldigt, sie hätten den Streik der Bauarbeiter als frivol bezeichnet. Alle diese Beschuldigungen werden von Albrecht und Freese ganz energisch zurückgewiesen. Nicht der Streik, sondern das inkonsequente Vorgehen Friedrichs' selbst ist als frivol bezeichnet worden, indem er dem Statut mit Unwahrheiten gegenüber vorgegangen ist. Wie weit den Ausführungen Friedrichs' Glauben geschenkt werden kann, beweist, daß selbst der Redakteur Zöpfer die Behauptungen Friedrichs' als hohle Gerede bezeichnet hat. Nach einem dreimaligen Hoch auf die deutsche Maurerbewegung folgte Schluß der Versammlung.

Am Dienstag, den 2. Juli, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Hildorf-Weiß im „Abollo-Theater“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Kinte in der üblichen Weise. Sodann hielt Kollege Schulz einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Lohnsystem und freie Arbeiter“. Zur Wiederaufnahme in den Verband hatten sich gemeldet die Kollegen Kiel und Müller. Kiel wurde zurückgewiesen, dagegen wurde dem Wiederantragsgegner Müller's stattgegeben. Nachdem noch das Verhalten einiger Kollegen auf dem Bau Böve scharf gerügt worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Zweigverein Spandau hielt am 2. Juli seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Verbandsangelegenheiten und Beschließungen.“ Kollege Lemme ermahnte die Kollegen, recht pünktlich die Beiträge zu bezahlen und wies darauf hin, daß nach dem neuen Statut die Mitgliedschaft für Restanten schon mit acht Wochen abgelaufen ist, und nicht, wie Einige noch glauben, erst mit dreizehn Wochen. Im Punkte „Beschließungen“ entspann sich über das Verhalten einiger Kollegen am Orte eine recht lebhaftes Debatte. Diesen Kollegen war der Raum in dem Zentralverband zu eng geworden, deshalb hatten sie sich an den Vorstand der Berliner Sozialorganisation gewandt, um in Spandau eine Filiale des Berliner Sozialvereins zu gründen. Der letztgenannte Vorstand erklärte sich mit diesem Unternehmen einverstanden und schloß sich am 30. Juni eine Versammlung einberufen, in der der Vorsitzende des Berliner Sozialvereins, S. Geßl, über die Ziele und Bestrebungen der Sozialorganisation referierte. Zur Bekanntmachung der Versammlung hatten sich die Gründer des neuen Vereins „zur Wahrung der Interessen der Maurer Spandaus und Umgegend“ jedoch ganz eigenwilliger Mittel bedient. Demnach hätte diese Versammlung, welche doch eine große Bedeutung hatte, öffentlich bekannt zu machen, wurde ganz im Gegensatz dazu verfahren. In 60 Maurer waren mündlich oder schriftliche Einladungen ergangen; ein nicht zu kleiner Teil von diesen besteht aus Streikbrechern gefährlicher Art, welche es entwidere noch nie für nötig gehalten haben, sich der Organisation anzuschließen, oder sie waren nur Mitglieder in Friedrichsheim, während sie bei jedem Kampfe ihre Dienste dem Unternehmertum anboten und zwar schon so lange, wie der Zentralverband am Orte besteht. Hieraus kann man sich alleine schon das Wesen des Vereins „zur Wahrung der Interessen der Maurer Spandaus und Umgegend“ erklären. Doch nun zur Versammlung selbst. In seinen Ausführungen schilderte Kollege Geßl in glatten Worten die heutigen Verhältnisse und die Bestrebungen der Sozialorganisation. Man muß seinen Verein recht schön abzumachen, konnte er sich auch nicht enthalten, gegen den Zentralverband der Maurer allerlei unzulässige Mittel anzuwenden. So sagte er in Bezug auf die Verwaltung des Zentralverbandes, daß deren Mitglieder einer Disziplin unterworfen wären, die an Kadavergehörigkeit grenze; weil den einzelnen Mitgliedern besto, Zweigvereinen das Selbstbestimmungsrecht genommen wäre. Weiter fügte er aus, daß der Zentralverband der Maurer sich als Ziel gesetzt hätte, die heutige bestehende Gewerkschaftsorganisation durch Abschließung kooperativer Arbeitsverträge in eine sozialistische umzuwandeln. Als nun Kollege Lemme den letztgenannten Anspruch des Geßl sachlich widerlegte, bestritt dieser rüdweg, so etwas überhaupt gesagt zu haben. Als jedoch mehrere der Versammelten ihren Ohren mehr trauten als Geßl, versuchte er es schließlich dahin abzuschwächen, daß ihm, wie er sagte, ein Kapitul unterlaufen sein könnte, womit sich seine Behauptung aber ebensovienig beruhigen ließ. Wie unlieb ihm die Gegenart einzelner Verbandsmitglieder war, kam in kraffen Worten zum Ausdruck, es hieß nämlich: „Was wollt Ihr hier bei uns? Ihr seid hier schon gekommen, um Straß zu machen usw.“ Auf die Frage an einen Kollegen, was ihn dazu bewegen habe, aus dem Zentralverband auszutreten und sich der Sozialorganisation anzuschließen, antwortete dieser: „Daß der Zentralverband den Wünschen einzelner Kollegen nicht genug Rechnung trage, hauptsächlich aber darum, weil den Mitgliedern nicht genug Gelegenheit geboten würde, um sich mehr mit Politik beschäftigen zu können.“ (?) Hierzu sei nun vorweg bemerkt, daß von allen Mitgliedern des neuen Vereins besto, von denen, die vor der Aufnahme stehen, sage und schreibe nur ein Einziger politisch organisiert ist und eine politische Zeitung liest, wobei der Einberufer dieser Versammlung, welcher ehemals Kassierer unserer Zahlstelle war und an dessen Wirken, das nur aus persönlichen Reibereien bestand, die Zahlstelle heute noch leidet. Keinem Verwaltungsbeamten war es möglich, neben dem Kassierer auch nur ein Jahr im Amte zu verbleiben, er mußte den gefälligen Nachreden des Kassiers weichen. Ramen Versammlungsbeschlüsse zu Grunde, die keinen Wünschen nicht entsprachen, so scheute er sich nicht, als Kassierer nach der Versammlung den Beschlüssen entgegen zu wirken. Selbstverständlich konnte dies nicht so weiter gehen, sondern es mußte ein anderer Kassierer gewählt werden. Jetzt, wo dem

Kollegen Waidt nun die Gelegenheit wiedergegeben ist, als Leiter eines Vereins fungieren zu können, wird doch wohl von uns eine Lehre mit auf den Weg genommen haben. Sehr stolz auf seinen neuen Verein „zur Wahrung der Interessen der Maurer Spandaus und Umgegend“, schreibt er an den Vorsitzenden, daß er sich mit dem 1. Juli aus dem Zentralverbande abmelde; „denn“, so heißt es weiter, „ich lasse mir keinen Stuhl vor die Thür setzen. Heber freude ich die Segel“. Hoffentlich werden wir bald Gelegenheit haben, uns von dem „segenreichen“ Wirken des neuen Vereins überzeugen zu können.

Von dem Vorsitzenden des Zweigvereins Staßfurt wird uns folgendes berichtet:

Im Gewerkschaftskartell zu Staßfurt sind fortgesetzt Klagen über die hiesigen Herbergen laut geworden. Namentlich handelt es sich um mangelnden Raum oder schlechte Behandlung der Reisenden oder das Zusammenlagern mit den Rittlern der Landstraße, deren nachtheiliger Einfluß besonders auf die jüngeren Kollegen nur zu bekannt ist und vor dem sie zu schätzen eine der edelsten Aufgaben dabei befindender Menschen ist. Die wiederholten Schritte, die das Gewerkschaftskartell zur Verfestigung der Uebelstände im Herbergsweesen unternommen hat, sind leider ergebnislos geblieben. Deshalb sagte das Kartell neulich, als es keinen anderen Ausweg sah, den Beschluß, beim Magistrat durch eine besondere Deputation vorstellig zu werden, um diesem in mündlicher Verhandlung die Uebelstände vorzutragen und zugleich einen Weg zur Beseitigung vorzuschlagen. Doreist richtete natürlich das Kartell durch seinen Vorsitzenden ein Schreiben an den Magistrat, in welchem es unter kurzer Darlegung von Zweck und Gründen um Gewährung und Festsetzung einer Abgabe für die besondere Deputation bat. Auf dieses höfliche Schreiben ist dem Kartellvorstande folgende, von dem durch seine schwarzen Ähren in den weitesten Kreisen bekannt gewordenen Bürgermeister Reinhard unterzeichnete Antwort zugegangen:

Magistrat zu Staßfurt.

Journal-№. 2991.

Staßfurt, den 21. Juni 1901.

Auf die Eingabe vom heutigen Tage wird Ihnen zum Bedauern ertheilt, daß wir keine Veranlassung haben, uns mit denjenigen Personen irgendwie einzulassen, welche sich hier als sogenanntes Gewerkschaftskartell aufgethan haben und die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen. Ist Grund zu Klagen vorhanden über Mißstände, mit denen wir uns überhaupt reformmäßig zu befassen haben, so mögen die Geschädigten selbst sich an uns wenden. Reinhard.

Die Kollegen werden aus diesem denkwürdigen staßfurter Schreiben wohl ersehen, einerseits, daß der Magistrat von Staßfurt augenscheinlich nicht weiß, was ein Gewerkschaftskartell ist und welche Geschäfte es zu besorgen hat, andererseits, daß vorläufig keine Mühseligkeit besteht, das Herbergsweesen in Staßfurt zu besetzen. Wir müssen es den reisenden Kollegen demnach überlassen, selbst zu entscheiden, ob sie es riskieren wollen, in Staßfurt zu übernachten und eventuell sich nachher bei dem Magistrat zu beschweren, bemerken aber ausdrücklich, daß wir nach dieser Warnung jede Verantwortung für etwaige unliebsame Erfahrungen auf Staßfurter Herbergen ablehnen.

## Dom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Berlin. Ueber einen Baufall wird dem „Vorwärts“ aus Lichtenberg berichtet: In der Wilhelmstr. 76 führte die „Berliner Baugenossenschaft“ eine Mietshauserne auf. Die Zimmerarbeiten werden von dem Zimmermeister Mohr in Rixdorf ausgeführt. Der bei seiner Mutter wohnhafte Zimmerer August Koplin, der 22 Jahre alt und ein durchaus tüchtiger Arbeiter ist, hat vor wenigen Tagen das Kranenhaus verlassen und Donnerstag früh die Arbeit angetreten. Am Nachmittag desselben Tages stürzte Koplin aus der dritten Etage herab. Der Unglücksfall wurde mit gebrochenen Rippen und schweren inneren Verletzungen dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt. Das Unglück soll, wie das „Vorklätt“ mittheilt, darauf zurückzuführen sein, daß die Schutzmaßregeln nachlässig angebracht waren.

Braunschweig. Auf dem Neubau des Malermeisters Mohr an der Gabelbergerstraße verunglückte am 8. Juli der Bauarbeiter Georg Kahn. Er stürzte infolge Zerbrechens der Leiter, auf der er stand, aus mäßiger Höhe zur Erde und verlor sich beide Arme und erlitt außerdem noch einige Schußwunden. Der Verunglückte war noch im Stande, sich ohne Hilfe nach seiner Wohnung zu begeben. Ein schwerer Baufall, bei dem selbst der Polizeibericht das Verschulden des Bauherrn konstatieren muß, hat sich am 9. Juli auf dem Neubau Friedrich-Wilhelmstraße, gegenüber dem Hofrestaurant, zugegetragen. Die Bauarbeiter August Hland und Karl Linferkus waren mit der Ausgrabung für Betonarbeiten beschäftigt, die für die Grundmauer bestimmt war. Sie nahmen diese Ausgrabung etwa 6 Meter lang vor. Nicht neben ihr war aber das Bankett der früheren Umfassungsmauer des Bauplatzes, das aus schweren Sandsteinen bestand, über circa 1 Meter höher Erdbreich in der Höhe von circa 2 Meter bis zum Straßenniveau stehen gelassen. Da dieses Bankett nicht abgekreist war, lastete es mit ganzer Schwere auf dem darunter liegenden Erdbreich und mußte notwendiger Weise umkippen. Zum Glück bemerkten die beiden Arbeiter, wie sich das Bankett senkte und sprangen schnell zurück. Sie wurden trotzdem von den Steinen getroffen und zum Theil unter den Massen verschüttet. Hland erlitt einen Bruch beider Beine und wurde nach seiner Wohnung gebracht, Linferkus wurde ein Bein gebrochen und fand Aufnahme im Krankenhaus. Nach dem Unfall hat man sich natürlich dazu verstanden, die gefährlichen Stellen abzubauen; die Weiterarbeit ist einwilligen von der Polizei, die nach dem Unfall in einer Anzahl von fünf Vertretern erschienen war, unterlag. Auch dieser Unfall beweist, wie notwendig gegenüber der vom Bauunternehmerthum oft bemiesenen Mißachtung bis ins einzelne spezialisierte Schutzvorschriften sind. Sie zeigen aber auch, daß es mit Schutzvorschriften allein nicht getan ist. Was nützen die besten Bestimmungen, wenn Niemand da ist, der für ihre Innehaltung Sorge trägt? Nur eine scharfe Baukontrolle unter Mitwirkung der Arbeiter kann hier Abhilfe schaffen.

Wiesbaden. Am 10. Juli ereignete sich beim Bau des Untermeiers Karlsen, Ecke der Kirchen- und Bekstraße, ein

Unfall. Der Maurer Herzberg, der beim Aufrichten beschäftigt war, trat aus Unvorsichtigkeit auf das aus Schalbleitern bestehende Fanggerüst, brach durch und fiel aus einer Höhe von circa 3 Metern herab auf das Straßenpflaster. Der Verunglückte, der schwere innere Verletzungen dadurch erlitten hat, daß er beim Fallen mit dem Rücken auf einen Stein schlug, ist seinen Verletzungen am 18. d. M. erlegen. Er gehörte unserer Organisation nicht an und hat sich noch während des letzten Streiks durch Arbeitswilligkeit ausgezeichnet. Es ist dies schon der dritte Unglücksfall der seit kurzem an derselben Baustelle passirte. Der berufliche Zimmermeister Chr. Webenbahl wird wohl einen steifen Arm behalten, während der Arbeiter Martens besser davon weggenommen zu sein scheint.

Mainz. Uns wird geschrieben: Am Montag, den 8. Juli, wurden die Maurer Kolb und Schmitt beauftragt, das Giebelgerüst eines Neubaus in der Feldbergstraße, welches zum Aufsteigen von Material benutzt worden war, abzubauen. Die beiden Maurer wollten, um das Holz herunterlassen zu können, ein Seil mit auf den Bau nehmen, dieses wurde ihnen jedoch von dem früheren Partieführer, aber seit kurzer Zeit bei der Firma Götz in Arbeit stehenden Barckers Schmitt aus Kostenholzgründen unteragt. Schmitt, der als früherer Partieführer das unzulässige Verhalten noch gemüthet ist (auch die Firma Götz ist in dieser Beziehung nicht einwandfrei), erklärte, ein Seil würde nicht mit auf den Bau genommen, sondern das Holz würde abgenommen. Zwischen dem Neubau und dem schon früher aufgeführten Bau liegt noch ein Bauplatz von 11 Meter Front und in der Mitte dieses Platzes lagerten Werkstücke des Maurermeisters Zimmermann. Begleiter war gerade dabei, einen seiner Werkstücke wegzuholen, als von dem Neubau ein Stück Holz, fünf Meter lang, 28 Zentimeter Durchmesser, abgenommen wurde; dieses schlug auf die Werkstücke und das Ende des Holzes Zimmermann gegen den Hinterkopf, so daß der Tod sofort eintrat. Der Hilfsarbeiter, ein Franzose, blieb unverletzt. Man hat also in der gemeinsten Art und Weise den Tod eines Menschen verursacht. Schmitt, der gefänglich eingezogen wurde, befindet sich schon wieder auf freiem Fuß. Zu bemerken ist noch, daß bei der Firma Götz, welche vor einigen Jahren von Dilsdorf nach Mainz überfiedelte, die schlechtesten Gerüste und Schuttbearbeitungen anzutreffen sind. Bei allen anderen Unternehmern befinden sich auf den Baustellen Verbandskästen und Emailleimer oder Schüssel zum Abwaschen bei Unfällen, aber hier mußte man sich wieder eines Speiseimers bedienen, weil es an dem Mierdöhligkeit fehlte. Auch die beiden Kollegen können wir von der Schuld nicht freisprechen, denn zu solch einer verwerflichen Handlungsweise wurden sie nicht die Hand bieten. Aber auch sämtliche Bauunternehmer tragen hieran die Schuld. Denn bei den Verhandlungen der Organisation der Bauunternehmer und der Rohntommission der organisierten Maurer von Mainz und Umgegend wurde schon vor Jahresfrist vereinbart, daß das Abwaschen von sämtlichen Gegenständen als Werkzeuge und Gerüstmaterialien strengstens verboten sei. Ein derartiges Verbot verpflichtete sich die Bauunternehmer an allen Bauten oder Baustellen auszuführen und für die Durchführung Sorge zu tragen. Daß es den Bauunternehmern damit nicht ernst ist, geht daraus hervor, daß bis zum heutigen Tage derartige Bestimmungen nicht herausgegeben wurden. Aus diesem Grunde wissen die organisierten Maurer nicht, wie hoch sie ein solches gegebenes Ehrenwort einschätzen sollen, daß bei solchen Abmachungen gegeben, aber in Thaten nicht umgesetzt wird. Hätte die Baupolizei mit jeder Firma so viel Arbeit, wie mit der Firma Götz, dann könnte die Stabverwaltung die Beamten der Baupolizei mit das Zeugnisse verstärken. Die Baupolizei wird aber auch thun, dieser Firma ein besonderes wachsame Auge zuzuwenden, denn erst vor wenigen Wochen wurde von derselben Firma in der Medardstraße ein Gerüst an einem Neubau abgebrochen, bevor die Dachdecker mit dem Decken des Daches fertig waren. Den höchsten Beamten der Stadt ist jedoch der Mißbrauch ausgeprochen, daß bei derartigen Vorworfungen es nicht angebracht ist, sich mit liebenswürdigen Briefen zu besinnen, sondern eine ziemlich hohe Geldstrafe viel besser wirkt. Alle organisierten Bauarbeiter seien durch dieses Vorworfungen bringend gewarnt und sollte für die Folge das Verlangen an sie gestellt werden, in solch unverantwortlicher Art und Weise das Leben und die Gesundheit von Mitmenschen auf's Spiel zu setzen, dieser Anforderung keine Folgen zu geben.

Worms. Ein bei dem Unternehmer Zuder beim Bauen beschäftigter Kollege fiel aus dem zweiten Stockwerk durch das Fenster auf die Straße und verletzte sich so schwer, daß er davon getragen werden mußte. Der Verunglückte war drei Wochen arbeitsunfähig. Schlechtes Gerüst und mangelhafte Schuttbearbeitungen waren die mittelbaren Ursachen dieses Unfalles. Ein zweiter Unfall ereignete sich bei dem Dachbedeckungs-Arbeit in der Hochheimerstraße. An diesem Bau waren Kollegen mit Schalen und Haken beschäftigt, während die Dachdecker das Dach einbedekten. Die Schuttbearbeitungen waren so unzulänglich, daß dem Kollegen Fritz Seibel ein Schieferstück in der hohen Krante auf den Kopf fallen konnte, wodurch ihm eine 8 cm große Wunde zugefügt wurde. Mehrere Kollegen schafften den Verunglückten in das neben dem Bau sich befindende Militär Lazareth, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zu Theil wurde. Der Unternehmer gehört zu der schlimmsten Sorte. Er droht seinen Leuten, sogar seinen eigenen Bruder bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Tobischießen, Geranterschmeißeln usw. Bestärkt wird er in seinem an Maßlosigkeit grenzenden Zorn durch die bei ihm beschäftigten Arbeiter, die der Organisation nicht angehören und deshalb Alles über sich ergehen lassen müssen.

Wie heututage gebaut wird, zeigte eine Verhandlung vor dem Landgericht in Dresden. Wegen Vergehens gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst waren der Kaufmann Moritz Kauffer und der feilhäre Baumeister Karl Friedrich Wilhelm Reonhardt, jetzt in Jauernick bei Görlitz, angeklagt. Kauffer hatte hier auf der Luisenstraße ein Haus gekauft und Reonhardt hatte den Bau ausgeführt. Am 18. Januar d. J. zog ein Arbeiter M. in jenes Haus. Im Begriffe, Sachen in eine Kammer der im Erdgeschoß befindlichen Wohnung zu schaffen, brach M. durch den Fußboden und erlitt hierbei zwei Wirbelschmerzen. Kauffer und Reonhardt wurden deshalb wegen fahrlässiger Körperverletzung unter Anklage gestellt. Bei der Unterzucht stellte sich heraus, daß die Lager, auf denen die Wägen liegen, unverhältnismäßig weit auseinanderlagerten. Weiter zeigte sich, daß die Lager angefault waren, ebenso die Betonierungen auf den Kellerböden. Kauffer wurde zu M. 100, Reonhardt zu M. 50 Geldstrafe verurtheilt.

Ein Submissionserfahren, das der Rixdorfer Magistrat veranstaltet hatte zum Zweck der Aufhebung eines Theils des für den Neubau einer Gasanstalt bestimmten Grundstücks, zeigte einen recht eigentümlichen Erfolg. Während ein Unternehmer für die Aufhebung M. 9600, ein anderer M. 6000 und ein dritter M. 2000 forderte, haben andere Unternehmer für dieselbe Leistung die Zahlung einer Geldsumme verprochen, nämlich ein Unternehmer M. 200, ein zweiter M. 500 und ein dritter gar M. 1000. Die Differenz zwischen dem günstigsten und dem ungünstigsten Angebot beträgt also M. 10 600! Die zuständige Deputation hat den Zuschlag demjenigen Unternehmer ertheilt, welcher sich zur Zahlung von M. 1000 verpflichtet hat.

## Aus anderen Berufen.

Generalkreis der Glasmacher in Sicht. Dem „Vorwärts“ wird von der Zeitung des Glasarbeiterverbandes geschrieben: Die Urabstimmung, die der Verband der Glasmacher unter den organisierten Glasarbeitern vorgenommen, hat mit sehr großer Majorität die Annahme des Generalkreises der organisierten Glasarbeiter Deutschlands ergeben. Ein anderes Mittel bleibt dem Verband nicht mehr übrig, denn es ist uns zur Gewißheit geworden, daß Hege in Wienberg seine Gläser aus anderen Hütten geliefert bekommt. Die Kündigung ist seitens der in Betracht kommenden circa 6000 Glasarbeiter am Sonnabend, den 18. Juli, eingereicht worden, so daß am 27. Juli der Zustand beginnt. Die Glasarbeiter hoffen durch diesen Schritt, der noch zu unternehmen ist, auf einen endgültigen Sieg in Wienberg und Schauenstein. Der Schritt ist für den Verband um so schwerer, da die gesammten Kollegen nur unter den größten Entbehrungen den Sieg erringen können. In einem Rixdular sind den Brauereien, Weinhandlungen, Großbäckereien usw. die Folgen des Streiks für genannte Betriebe vor Augen geführt. Gleichzeitig erucht genannter Verband die übrigen Gewerkschaften, wie die gesammte Arbeiterkraft bringend um Unterstützung.

Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Vorige Woche hielten fünf Gewerkschaften: die Holzarbeiter, die Schneider, die Bauarbeiter, die Bildhauer und die Knopfdreher, ihre Verbandstage in Wien ab. Bei den Holzarbeitern, Schneidern und Bildhauern, deren Verbände die Form einer losen Zentralisation selbstständiger Ortsvereine haben, stand die Frage der Schaffung einer strengen Verbands-Zentralisation im Vordergrund der Erörterungen, und es wurde auch die Durchführung derselben beschlossen.

Ueber die Stärke und die Leistungen der genannten Organisationen geben wir nach dem Bericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ einige allgemein interessirende Angaben wieder:

Dem Holzarbeiterverband gehören 30 Ortsgruppen und 29 selbstständige Verbände an. Die Zahl der Mitglieder liegt von 3587 im Jahre 1895 auf 6256 im Jahre 1900. Von der gesammten Einnahme wurden aufgewendet für Reiseunterstützung 49 Pf. für Mitgliedschaft 21.94 Pf., für Agitation konnten nur 9.08 Pf. ausgegeben werden. Von 15 Lohnbewegungen, die in den beiden letzten Jahren stattfanden, endeten 2 mit, 8 ohne Erfolg.

Der Verband der Schneider zählt derzeit 35 eigene Ortsgruppen und 34 Stellen mit 1156 Mitgliedern und 37 Verbände, deren Ortsgruppen und 34 Stellen mit 1067 Mitgliedern, zusammen also 72 Vereinigungen mit 2223 Mitgliedern. Beim letzten Verbandstage betrug die Mitgliederzahl nicht ganz 1500. Es ergiebt sich daher eine Steigerung von mehr als 700 Mitgliedern. Im den Heimarbeitern den Beitritt zum Verbande zu erleichtern, wurde eine eigene Abtheilung derselben im Verbands-geschäften, und die Beiträge, sowie die Unterstüßungssätze dieser Abtheilung den Lohnverhältnissen der Heimarbeiter angepaßt.

Die Situation des Bildhauerverbandes ist aus folgenden Angaben ersichtlich:

In Oesterreich bürfte die Zahl der Bildhauer 1800 betragen. Davon sind 422 organisiert. In einigen Orten gehört mehr als die Hälfte der Branchenangehörigen der Organisation an. In nächster Zeit wird in Brünn eine Organisation geschaffen werden. In argem Mißverhältnis zur Zahl der Gehülften liegt der der Arbeiter, deren es 490 giebt, wobei die Fachhüter noch nicht mitgerechnet sind. Der größte Theil der Gehülften ist mehrere Monate im Jahre arbeitslos. Die Holzbildhauer werden durch die immer mehr zunehmende Heimarbeit, die besonders stark im Gröden Thal (Tirol) verbreitet ist, gefährdet. In Wien wurde vor einigen Jahren der Aufstand erungen, er ist aber in vielen Werkstätten wieder verloren gegangen.

Die Knopfdreher haben besonders unter der Konkurrenz bäuerlicher Heimarbeiter zu leiden, welche die Knopfdreherei als Nebenverdienst betreiben und die Löhne sehr stark drücken. Der Verbandstag beschloß eine Resolution des Inhalts, daß die Organisation über die Schäden der Heimarbeit Aufklärung verbreiten, und dafür sorgen soll, daß die Arbeitergesetzbestimmungen wirklich beachtet werden.

Die Bauarbeiter verhandeln nur interne Verbandsangelegenheiten.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Vom Werth des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Vor dem Obergericht in Offenbach a. M. wurde kürzlich eine Klage zum Austrag gebracht, deren Ausgang schließlich mit voller Deutlichkeit den problematischen Werth des § 616 des B. G. zeigt. Der Fensteranschlager Bauerbach verlangte von der Fensterfabrik für 14 Tage Lohn, abzüglich des beim Militär erhaltenen Soldes und des Brotgeldes. Das Pfandgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß eine 14tägige Militärdienstzeit als eine „nicht erhebliche“ Zeit der Dienstverhinderung anzusehen sei, auf die § 616 Anwendung finde, der sich nach Ansicht des Gerichts auf § 68 des Handelsgesetzbuches und § 1389 Nr. 4 der Gewerbeordnung stütze. Auch die Vergütung für die durch Wahrnehmung des ersten Termins veräumte Zeit, die der Arbeitgeber in Wegung gebracht hatte, wurde dem Kläger zugesprochen. Der Kläger hat

freiwillig die Vermessenheit, die Wohlthaten des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches für sich in Anspruch nehmen zu wollen, mit dem Verlust seiner Stelle büßen müssen.

Polizei und Gerichte.

\* Vom Gallischen Mauererstreik. Der Kollege Deege war wegen angeblicher Verletzung Arbeitswilliger zu einer Haftstrafe von drei Tagen verurteilt worden. Die Verletzung bestand darin, daß D. einen Trupp Arbeitswilliger, die von Polizisten nach dem Rathaus transportiert worden waren, hinhin entlassen und zu ihnen gesagt habe, es sei hier Streik. Da Getosle D. nicht einsehen konnte, daß eine einfache Frage eine strafbare Verletzung bilden sollte, legte er Berufung ein. Der Staatsanwalt hat merkwürdiger Weise das Gleiche. In der Strafkammererklärung der Herr nun mit Empörung, daß es ungenügend auffällig erweise, was für geringe Strafen in Streikangelegenheiten erkannt worden sind. Der Angeklagte sei bis in das Maßhaus, ein öffentliches Gebäude, gegangen und habe dort Arbeitswillige belästigt. Seit dem etwa neun Monate währenden Streik herrsche in der Stadt Halle mit 120 000 Einwohnern ein reiner Kriegszustand. Er beantragt, die Strafe auf 14 Tage Haft zu erhöhen. Das Gericht beurteilte die Sache aber etwas höher als der Staatsanwalt, schloß sich aber doch dem Vortrage des Verteidigers auf kostenlose Freisprechung nicht an, sondern verwarf beide Berufungen.

\* Mit drei Wochen Gefängnis bestrafte das Düsseldorf-Randgericht einen Arbeiter, der gelegentlich eines Streiks nicht etwa einen Arbeitswilligen bedroht, beleidigt oder sonstwie zu nahe getreten ist, sondern nur den Vater eines Streikbrechers zu überreden versucht hat, daß er seinen Sohn von der Streikbrecherei zurückhalten möge, da der Streikbruch ein Verbrechen gegen die streikenden Arbeiter sei und der arbeitswillige Sohn, wenn er seine Tätigkeit fortsetze, beschimpft werden könnte. Das Strafgericht hatte in dieser Sache nur auf drei Tage Gefängnis erkannt, insofern Berufung der Staatsanwaltschaft erfolgte aber vor der Strafkammer die obengenannte schwere Verurteilung.

\* Androhung der Sperre als Erpressung bestraft. Das Randgericht zu Raumburg verurteilte einen Vertreter des Labarbeitersverbandes zu 14 Tagen Gefängnis — der Staatsanwalt hatte sogar vier Wochen beantragt —, weil er bei Verhandlungen, die er wegen Lohnhöherungen mit einem Fabrikanten zu führen hatte, diesem die Sperre in Aussicht gestellt hat. In dieser Zeit gemeinschaftlichen Tätigkeit fand das Gericht den Tatbestand der Erpressung. — Wo bleibt da das den Arbeitern durch Gesetz zustehende Recht, sich mittelst gemeinsamer Arbeitseinstellung bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzwingen, wenn man dem Unternehmer die Sperre, das heißt die Arbeitsverweigerung seitens der organisierten Arbeiter, nicht androhen darf, für den Fall, daß er gewisse Forderungen verweigert?

\* Die Haftpflicht des Vereinsvorsitzers. Wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes war der Arbeiter Hennig, als Vorsitzender der Pastille des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter angeklagt worden. Der Angeklagte hatte, entgegen dem Verlangen der Polizei, seit dem 3. August 1900 Veränderungen im Mitgliederstande der Behörde nicht angezeigt. Er machte geltend, daß die Pastille des Verbandes kein selbständiger Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes sei und daß Veränderungen der Mitglieder nicht vorgenommen seien. Festgestellt wurde, daß in der fraglichen Zeit ein Mitglied A. zwar ausgetreten ist, seinen Austritt aber nicht anzeigt hat und binnen vier Wochen wieder Mitglied geworden ist. Ferner wurde in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht führte aus: Die Pastille des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter sei ein selbständiger Verein, und bezwecke, wie der ganze Verband, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Der Bevollmächtigte solcher Pastille sei als ein Vereinsvorsitzer im Sinne des Gesetzes anzusehen und verpflichtet, der Polizei die vom Gesetz vorgeschriebenen Meldungen zu machen. Im vorliegenden Falle wäre es unerheblich, daß das ausgetretene Mitglied binnen vier Wochen wieder Mitglied geworden sei. Sein Austritt konnte wie der spätere Wiedereintritt hätten eben der Polizei gemeldet werden müssen. Und des Angeklagten Pflicht wäre es auch gewesen, sich über den Charakter der Pastille als eines selbständigen Vereines im Sinne des § 2 zu unterrichten. Ferner legte nun noch Revision ein und bestrift, daß ihn irgend ein Verschulden treffe. Er sei von dem Austritt des A. garnicht unterrichtet gewesen, denn A. habe seinen Austritt dem Hilfsfasser gegenüber erklärt, der zur Entgegennahme von Austrittserklärungen statutenmäßig berechtigt gewesen sei. Ihn sei der Austritt nicht mitgeteilt worden. — Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes seien ohne Rechtsirrtum angewendet worden. Der Verband bezwecke eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und die Pastille sei ein selbständiger Verein. Was die unterlassene An- und Anmeldung des Mitglieds A. angehe, die hier allein in Betracht komme, so habe Angeklagter mindestens fahrlässig gehandelt. Weil nach dem Statut der Austritt durch Anzeige bei dem Hilfsfasser erfolgen konnte, wäre der Bevollmächtigte verpflichtet gewesen, sich stets von dem Hilfsfasser unterrichten zu lassen, damit er seinen gesetzlichen Pflichten nachkommen konnte. Unterließ er es und konnte er deshalb der gesetzlichen Pflicht nicht genügen, dann treffe ihn ein strafbares Verschulden.

Verschiedenes.

\* Eine Alters- und Wittwenversicherung für selbstständige Handwerker wird nach der Tagl. Rundschau von der deutschen Regierung geplant. Die betreffende Einrichtung soll zur Entschädigung der selbstständigen Handwerksmeister für die ihnen durch die Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung auferlegten Lasten dienen. Ueber die Einzelheiten, namentlich über das Aufbringen der Beiträge und notwendigen Zuschüsse, verhandelt noch nichts Bestimmtes. Die Regierung sucht sich jetzt durch Umfrage über die bestehenden, von den beschiedenen Innungsverbänden und sonstigen Handwerker-Organisationen in's Leben gerufenen

Alters-, Invaliden- und Wittwenpensionskassen eine Unterlage für die Einrichtung der obligatorischen Handwerker-Versicherung zu verschaffen.

\* Arbeitersekretariate bestehen in Allenburg, Altona, Berlin, Bielefeld, Bremen, Breslau, Darmstadt, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Gera, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Hildesheim, Hohenhausen, Jena, Kiel, Köln a. Rh., Landeshut i. Sch., Lübeck, Mannheim, Mülheim a. M., München, Nürnberg, Posen, Striegau, Stuttgart, Tübingen und Waldenburg.

\* Gegen das Ertrinken. Mit der Zeit des Badens und des Bootfahrens ist jetzt auch die Periode der vielen Unglücksfälle auf dem Wasser gekommen. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein solcher Unglücksfall gemeldet wird. Angesichts dessen ist darauf hinzuweisen, daß es drei Bauberformeln gibt, die in den meisten Fällen vor dem Ertrinken schützen. Diese Formeln heißen: 1. Becklere nicht den Kopf in's Wasser, 2. Arme unter Wasser! 3. Pabel! Es ist Thatsache, daß unter normalen Verhältnissen, das heißt, wenn nicht ein Schlaganfall oder ein besonderer Unglücksfall eintritt, kein Mensch zu ertrinken braucht. Das spezifische Gewicht des Menschen ist geringer als das des Wassers. Daraus folgt, daß der Mensch ohne Weiteres nicht im Wasser untergeht. Es kann das Seber in der sicheren Badegasse probieren. Er lege sich mit angezogenen Knieen und zurückgebeugtem Kopf in's Wasser, atme schnell aus und ein und halte die Luft so lange wie möglich an; dann dreht das ganze Gesicht wasserfest. Geht man aber, wie Ertrinkende das regelmäßig thun, die Arme hoch, dann bricht das absolute Gewicht der Arme den Körper unter Wasser. Darum Arme unter Wasser! Jeder Mensch kann schwimmen, wenn er es nicht künsterlich gelernt hat. Wenn man ein vierfüßiges Tier, das außer seinem Trinkwasser nie eine Wasserfläche gesehen hat, z. B. einen Hund, in's Wasser wirft, so kommt er keinen Augenblick in Noth; er macht Laufbewegungen, die ihn schwimmend auf dem Wasser erhalten und an's Ufer bringen. Diese natürlichen Schwimmbewegungen, die mit dem Namen „Pabeln“ bezeichnet werden, kann jeder Mensch machen; je erhalten ihn in Seen und Flüssen lange Zeit über Wasser und bringen ihn auch in Sicherheit.

\* Gegen die Hungergeplöbe ohne Unterlaß zu kämpfen ist die Pflicht eines jeden Gewerkschafters. Wie sehr schon heute die Lebensmittelpreise die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters verteuern, ergibt eine Haushaltungskassette über die Ausgaben einer holländischen und einer deutschen Arbeiterfamilie. Die Zusammenstellung ist einer Nummer der in Ruhrort erscheinenden rheinisch-westfälischen Schiffahrtszeitung vom Jahre 1900 entnommen. Sie soll und kann natürlich nur zum Vergleich dienen, nicht etwa aber angeben, was der Arbeiter in Holland und im Ruhrgebiet wirklich pro Woche braucht resp. brauchen kann. Der holländische Arbeiterhaushalt gilt zunächst für die Provinz Gelderland und zwar die Westlicher Gegend, während für den Ruhrgebiet die Ruhrortiger Gegend in Betracht kommt. Die eingestellten Preise sind sämtlich Marktpreise. Es folgen:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include 1 Pfd. Rind- und Kalbfleisch mit Knochen, 1 Pfund Speck, 1 Pfund Schweinefleisch und Wurst, 1 Pfund Schmalz, 1 Pfund Mehl, Reis, Gerste und dergleichen, 1 Pfund Hülsenfrüchte, 10 Pfund Kartoffeln, 1 Pfund Butter, 1 Pfund Käse, Eier, Heringe, 1 Pfund Zucker, 1 Pfund Kaffee (oder entsprechend Thee), 1 Pfund Petroleum, 1 Pfund Seife, Soda, 2 Pfund Rosteln nebst Holz. Prices range from 0.20 to 2.20.

Aus diesem Vergleich ergibt sich, daß der für Deutschland ermittelte Betrag um gut 33 1/3 pCt. höher ist, als die Kosten für den holländischen Arbeiterhaushalt. Ganz besonders in's Gewicht fallen die Mehrlöhne für Brot; sie betragen deutschseits bei Roggenbrot 54, bei Weizenbrot 75 p. pro Woche. Für Roggenbrot und Weizenbrot zusammen ergibt sich gegenüber Holland eine Mehrbelastung von M. 67.80. Ganz erheblich teurer sind auch die Fleischpreise in Deutschland, was wohl darauf zurückzuführen werden darf, daß das ausländische Fleisch durch alle möglichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen von unserer Grenze fern gehalten wird. Bemerkenswert ist der Umstand, daß auch zollfreie Lebensmittel, wie z. B. Kartoffeln, theurer sind als in Holland. Die Nachfrage steigt. Daß auch die Industrie Deutschlands von der Ausbeutung des Arbeiters durch die Agrarier Schaden hat, versteht sich am Bande.

\* In dem Schauspiel „Fürstenschule“, von Multatuli, wobei die Königin-Mutter mit der jungen Königin Luise über Standesunterschiede. Diese werden von der Kaiserin als berechtigt gepriesen. Der Dichter läßt hierauf die junge Königin in die prächtigen Worte ausbrechen:

„Gut, — Standesunterschied, ich geb' ihn zu, Ja, will ich selbst noch feiner unterstehen Als Du, gesellschaftlich und bürgerlich, Geburt und Reichthum, Rang und Würdetheit, Sieh, Mutter, Alles will ich gelten lassen, Doch frag' ich: Schreibt ein Stand den Hunger vor? Kann Einer wohl beurtheilt sein zum Elend? Darf Einer wohl, so frag' ich, tiefer sein? Als selbst das Vieh, das draußen sorglos weidet Und hieherlich den Menschen wird' berachten, Wenn's wissen könnt, wie elend er sich nährt? Das sind des Armen, frag' ich, ist's geringer Als Lamm und Kalb, und gilt die Menschennutter Denn weniger als eine Kuh? — Mein Gott! Ist das ihr Stand? Will ich so das Gesellschaft? D. dann ist Alles Rüge, was man predigt Von Seelenadel und Gerechtigkeit.“

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 15 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 29 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Sind wir wirklich zu viel? — Italienische Proteste gegen die Streikbrecher. — Zehn Jahre Zentralorganisation. — Gute Ergebnisse der Organisation. — Arbeiterbewegung in Italien. — Weitere Submissionsarbeiten. — Korrespondenzen aus Hof und Heidelberg. — Leidenfeier während des Streiks (Gebiet von Awa Negri). — Lohn- und Streikbewegung. — Verschiedenes vom In- und Ausland.

Der in seinem 26. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1902 (Gamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.) enthält u. A.: Kalenderium. — Postwesen. — Statistische Schnelle. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Geschichte vom starken Mann. Von Emil Rosenow (mit Illustrationen). — Dem Frühling zu. Gebiet von Ernst Kromschki. — Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Von Paul Singer. — Wilhelm Diebsteck, ein Charakterbild. Von Robert Schweißel. — Wilhelm Diebsteck. Gebiet von Robert Seibel. — Die Erschließung Chinas. Von Max Schippel (mit Illustrationen). — Woher kommen unsere Getreidearten. Von Dr. Curt Großewitz. — Schmitze. Gebiet von Franz Dieckhoff. — Aus den Lehrgängen. — Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). — Streik. Gebiet von Ludwig Seiffen. — Unser zweiter Paragraf unterm Ausnahmengesetz. Von J. A. Eine englische Arbeiter-Gesellschaft. Von Ewald Bernheim (mit Illustrationen). — Grabe nur. Gebiet von Ernst Kragag. Die letzten Reichsrathswahlen in Oesterreich. Von Engelbert Bernerhorfer. — Hoch- und Untergrundbahnen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Ein französischer Buchdruckerstreik im 16. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Der Schäum. Gebiet von Ernst Kragag. — Fliegende Blätter. — Das Schmecken der Bürgermeister. Schwant von K. S. Dieffenbach. — Für unsere Nährpflanzen. — Trädichters und Bräutleander. — Hierzu vier Kupfer: Wilhelm Diebsteck. — Die Schmittin. Die ersten Kirchen. — Vaherischer Hochzeitslied. — Ein Dreifarbendruck auf Runddruckpapier. Verlassen. — Ein Wandkalender.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag). Das 41. Heft des 19. Jahrgangs hat folgenden Inhalt: Der Fall Kaufmann. — Der südafrikanische Krieg und der Niedergang des englischen Liberalismus. Von Th. Hoffheim. — Erkenntnistheoretische Marx-Kritik. Von Heinrich Cunow II. — Fährnisse. Von D. Bach. — Auch ein Beitrag zum Arbeiterinnenquell. Von Eustach Hoch. — Die Seeflange. Von K. Kautsky. — Literarische Rundschau: Pierre Verbrant, Les Atrocités de la guerre de Chine. Dr. Edmund Bernhart. Die moderne Geisteswissenschaft, Wesen und Grenzen des ärztlichen Wissens. — Feuilleton: Die Darmbergeliste der Gemeinde. Ein Bild aus Göttingen. Von Maria Konopnicka. Deutsch von B. Popusanski. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

„Buchdruckerwacht“. Der Artikel in Nr. 27 der „Einigkeit“ ist, soweit er die Hamburgischen Verhältnisse im Mauerergerberbe schilbert, ein Phantasiegebilde des Verfassers. Die sachkundige Feder dürfte auch garnicht in der Lage sein, selbst wenn sie die nötige Objektivität dazu besäße, eine wahrheitsgetreue Schilderung der hiesigen Verhältnisse zu geben, weil sie kaum einmal in Hamburg hineingerathen hat, somit also von der Sache so viel versteht, wie die Kuh vom Sellgange. Sie müssen sich also schon nach bestem Weisheitsmaterial umsehen, wenn Sie die organisierte Hamburgische Mauererschaft und uns in's Unrecht setzen wollen. Der haben Sie in den Affordmurem vielleicht Anlässe von Geistesverwandtschaft mit Ihnen entdeckt? Das sollte uns leid thun — nämlich um die Hamburger Affordmurem, wir könnten sie dann nur noch bemitleiden.

C. Z. Ihr Sohn war nicht verschuldungspflichtig, da er weder Lohn, Gehalt, Fantömer noch Naturalien bezog. Sein Rehrmeister konnte also auch nicht verpflichtet werden, für ihn Marken der Jubiläumsversicherung zu legen. Eine Verpflichtung hierzu wäre auch dann nicht vorhanden gewesen, wenn der Meister Ihrem Sohne freien Unterhalt gewährte. Spremberg. C. Ihr Bericht eignet sich zur Aufnahme in unserer Blatte nicht, wir haben ihn aber der Agitationskommission in Berlin zur Kenntnissnahme und event. Abhilfe des darin geschilderten Uebels überwiefen.

Zentralverband der Maurer. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

An die Zweigvereine der Provinz Brandenburg und alle anderen, die es angeht. In dem Organisations resp. Vertragsgebiet Berlin und Umgegend, und zwar in den Orten Ablershof, Alt-Glienicke, Baumgärtchenweg, Berlin, Bohnsdorf, Borjigwalde, Brich, Budow, Charlottenburg, Espenick, Dahlem, Dallborf, Dtsch. Wilmersdorf, Friedenau, Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Friedriehshagen, Groß-Dichterfelde, Grünau, Grarnewald, Gafelhorst, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen, Johannisthal, Jungfernhaide, Karlshorst, Rankwitz, Sichtenberg, Marienborf, Marienfelde, Nieber-Schönweide, Nieber-Schönhausen, Neu-Weißensee, Ober-Schönweide, Rankow, Röhrensee, Reinickendorf, Rixdorf, Rudow, Rummsburg, Saathwinkel, Schmargendorf, Schönberg, Schöndorf, Steglitz, Stralau, Südbend, Zegel, Tempelhof, Treptow, Weißensee, Wexend, Zehlendorf haben die Verbandsmitglieder auf Grund des § 10a Abs. 2 und § 10b Abs. 2 des Verbandsstatuts beschloffen, zweierlei Marken zu verwenden und einen Zuschlagsbeitrag von 20 A zu erheben.

Wir machen die Zweigvereine darauf aufmerksam, mit dem Bemerkten, daß die 50 % Beitrag zum Unterstützungsfonds von allen Mitgliedern, welche im Vertragsbezirk Berlin arbeiten, am Arbeitsorte gezahlt werden müssen.

Die 25 % Verbandsbeitrag können in dem Zweigverein gezahlt werden, welchen die Kollegen angehören.

Ebenfalls sind die zweierlei Marken beizubehalten in den Zweigvereinen: Auenen, Wannee, Teltow, Königs-Wusterhausen, Potsdam, Spandau, Bernau und Dranienburg.

Auch hier muß der Beitrag zum Unterstützungsfonds am Arbeitsorte gezahlt werden.

Abrechnung für das 2. Quartal 1901.

Die Abrechnungen müssen laut Statut bis zum 15. nach Quartalschluß eingeleitet werden.

Wir ersuchen die Zweigvereine, dies zu beachten.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Wab, Gistrow, Frauenstein, Croßen a. d. Ober- und Burg auf Fehmarn.

Ausgeschlossen

auf Grund § 18 a des Statuts von der Zweigvereinerin Wilhelmine Carl Schmidt (Buch-Nr. 120 602), Wilhelm Schmidt (120 603), Franz Widmann (120 604), Helmut Gering (120 607), Chr. Wostian (120 638), Cuxhaven: Aug. Meyer (047 166); Berlin I: Paul Kirjst (315); Friesen: Friedrich Keller (64 140), Karl Keller (65 855), Robert Reich (175 889), Wilhelm Kluge (175 867), Gustav Kluge II (175 873).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Rudolf Kahl (Buch-Nr. 01 107), Bruno Wlod (141 819), Paul Dured (223 276).

Warnung.

Der Maurer Neuhans (er nennt sich auch Mehaus und Niehus) sucht überall das Vertrauen seiner Mitmenschen zu erwerben, um nachher unter Hinterlassung der verschiedenartigsten Schulden zu verschwinden. Derselbe ist am 1. April d. J. in Wilhelmsberge dem Verbandsbezirkzugezogen (Buch-Nr. 231 206). Unsere Kollegen seien deshalb vor ihm gewarnt.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 9. bis 15. Juli 1901 sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 2164,80, Sahlertstadt (2 Naten) 210,80, Forst 480,89, Romawas 459,40, Gemeltingen 431,96, Gr.-Nichtersleben 286,80, Taucha 337,10, Döbelnburg 241,42, Cuxin 239,44, Straßund 296,58, Schöningen 224,68, Jossen 219,80, Garz a. d. Ober 210,80, Egelz 189,04, Caputh 144,64, Nustleben 129,11, Alfeld a. d. Reine 121, Gr.-Neuendorf 101,10, Coblenz 100, Peitzewitz 99,20, Sornau 90,50, Müllner i. Heßen 89,84, Blumenhof i. Rom 89,70, Kitz 86,32, Offenthal 86,29, Hirschau 73,58, Bonn 72,42, Breß 70,04, Stargard i. Meckl. 60,16, Felsenberg 50, Hünigshof 49,60, Griesheim a. Main 12,35, Meesee 311,96, Grüenberg i. Schleiß 108,04, Gößlin 64,12, Wredden 1699,55, Magdeburg 1148, Steinmünde 694,82, Emben 676,91, Danzig 628,95, Königs-Wusterhausen 424,56, Neuhansleben 421,49, Nüssen 356,10, Niederndöbelen 347,80, Nördorf 342,80, Jahnitz 316,96, Wittenberge 315,86, Berth 306,69, Norden 236,80, Wittenberge 214,59, Jericho 206,16, Bries i. Schlefien 196,40, Gummersdorf 189,92, Lehndorf 180, Tautenhain 173,60, Dessau 167,91, Anklam 148,08, Eilenburg 146,88, Erzhäusen 119,01, Zambach 90,10, Sondersburg 88,56, Habmersleben 86,60, Wefenberg 84,48, Freienwalden, Weitz Niegitz 77,70, Werlinden 66,60, Heringen 46,28, Görtz a. d. Ober 44,44, Oppeln 40,80, Nungersdorf 33, Stettin 218,50, Darmsberg 10,94, Rappeln 9,88, Kaiserlautern 8,84, Schwabitz Gmund 7,76, Mante 253,45, Nunsau 144,96, Jahnitz i. Anhalt 134,76, Großhof 130,05, Heiligenhofen 90, M.-Schwalbach 76,40, Brocken-Wehringen 67,00, Krausitz i. Posen 69,44, Bries a. d. N. 26,50, Roth a. Sand 14,40, Bremen 1214,40, Schöndorf 720,28, Berlin IV 480,54, Friedrichsherg 5. Berlin 312,20, Elmshorn 235,76, Wernburg 219,20, Zeulendorf 8,76, Neustrelitz 218,75, Tempin 199,20, Warleben 188,80, Alt-Nahsteden 157,15, Torgau 154,80, Schwartau 104,88, Schweinfurt 88,12, Grochwitz 83,41, Gräfenhainichen 82,75, Alt-Strelitz 80,20, Wittenberge 73,36, Gütrow 69,82, Sangerhausen 69,53, Colbitz 5. Wolmirshet 62,48, Seebin 56,77, Malen b. Stuttgart 55,48, Kyritz 46,65, Kaufzig i. Sachsen 4,80, Lübeck 482,04, Oberberg i. d. Mark 172,48, Wolbenberg 166,16, Hahmelfall 164,58, Belgard 138,50, Ludwigslust 132,88, Schwiebus 107,76, Oppau 51, Muringen 38,40, Granitz 322,71, Halle a. d. S. 312,85, Osterode a. E. 284,72, Waren i. Meckl. 249,89, Mühlende 214,40, Götzen 213,28, Celle 150, Driefen 132,32, Stadel 102,40, Fürth 93,89, Prigewitz 90,97, Salzhausen 83,16, Kluppenheim 78,90, Niepe a. d. Ober 78,45, Böhmitz 73,32, Mamerow 86,12, Einbeck 28,04, Tempelburg i. Pom. 12,40, Warth i. Pom. 10,25, Breslau 2887,64, Altenburg 944,24, Mannheim 494, Götzen 880,48, Ludwigshafen 150,20, Fische 142,64, Eggen 81,20, Osterode a. d. N. 40, Gannover 600, Wilhelmshagen 568,10, Mainz 518,90, Rehdenitz 366, Coppenitz 336,32, Wiershof 279,29, Croßitz 231,61, Oberhausen, Meiml. 211,98, Saarmund 174,72, Schwedt a. d. Ober 165,71, Ethen 160,80, Timmerode 107,68, Lohmen 105,72, Brinthus 81,44, Witzleben 80, Wilhelmshagen 76,40, Rügen 70,47, Magdeburg 68,43, Wolmirshet 66,72, Geseh a. d. N. 61,40, Goldberg 51,40, Wittenberg, Weg. Halle 212,18, Sangerberg 5. Gera 113,07, Wittenberg 101,84, Gultze 24,49, Reipzig 800, Egrth 150, Döbelitz 45, Rosenwälder 90,60, Cajal 1000, Gr.-Nichtersleben 991,20, Brandenburg an der Havel 880,48, Guden 449,45, Werder a. d. S. 445,45, Bromberg 398,88, Calbe a. d. S. 369,40, Weisenje 337,80, Steinhel 325,90, Seiffenberg 303,92, Sommerfeld 300,72, Witterfeld 291,22, Nordhausen (Harz) 266,60, Dersburg 250,88, Gohemolßen 234,64, Wietze 234,20, Alt-Glienicke 229,93,

Fernersleben 218,20, Erfner 208,60, Zwenkau 205,05, Apertade 202,40, Pommerensdorf 188, Rauenburg a. d. E. 183,12, Hehde 177,40, Wessau 174, Döbelnburg 168,02, Nienburg a. d. S. 160,56, Wahren 160, Pflüschwalde a. d. Spre 160, Helmstedt 145,92, Giften 145,12, Angermünde 127,20, Gollnow 119,24, Kröppeln 119,05, Freudenwalde a. d. S. 115,40, Alt-Gabelsleben 115, Gernsdorf i. d. M. 106,55, Bried 105,50, Heufendorf 103,32, Wainmünde 103,12, Parduhn 89,44, Nübel 85,28, Kurich 82,62, Marz 82,24, Hebersleben 81,58, Wolbeitz 79,24, Nächst 64, Mülheim a. N. 57,60, Döberitz 66,64, Neustöcker i. M. 52,76, Nüßla 51,12, Briel i. M. 50,82, Wölln i. S. 48,80, Gr.-Wimmenleben 45,06, Schönhausen a. d. E. 42,40, Dösch 39,84, Cuxin 22,33, Gütze 20,65, Wiede 17,17, Köstlin 302,95, Seher 293,64, Ziesengig 289,78, Hasteitz 218,80, Belgern 185,40, Kanitz 162, Mülhen b. St. Jacob 114,56, Gr.-Ziegenort 113,86, Torgelow 108, Gleiwitz 60,12, Zarentin 32,30, Briffow 5. Potsdam 5,72.

Für Protokolle vom 6. Verbandstag in Mainz.

Mügelz 6. Dresden A 6, Forst i. d. S. 10, Romawas 10, Gemeltingen 8, Gr.-Nichtersleben 14, Taucha 2, Oldenburg 4, Schöningen 5, Jossen 5, Garz (Ober) 3, Egelz 12, Caputh 2, Alfeld a. d. S. 5, Peitzewitz 1, Sornau 1, Kitz 1, Offenthal 1, Hirschau 1, Bonn 1,20, Breß 8, Griesheim am Main 1, Döbelitz 1, Steinmünde 15, Emben 20, Danzig 10, Königs-Wusterhausen 9, Neuhansleben 10, Nüssen 10, Niederndöbelen 2, Jahnitz 2,8, Wittenberge 5, Berth 2, Wittenberge 2, Jericho 3, Bries in Schlefien 5, Tautenhain 6, Dessau 10, Anklam 14, Eilenburg 16, Erzhäusen 2, Zambach 6, Sondersburg 1, Görtz a. d. Ober 1, Wunsee 1, Runglau 8, Fribbshof 1, Heiligenhofen 5, M.-Schwalbach 1, Krausitz i. Posen 8, Roth a. Sand 40, Dresden 60, Rehdenitz 20, Bremen 40, Berlin IV 5, Friedrichsherg 5. Berlin 10, Elmshorn 1, Neustrelitz 12, Alt-Nahsteden 2, Torgau 2, Schwartau 1, Schweinfurt 2, Gräfenhainichen 4, Alt-Strelitz 3, Wittenberge 4, Gütrow 3, Sangerhausen 4, Colbitz 2, Oberberg i. d. Mark 2, Wolbenberg 2, Straßund 4, Norden 1, Seebin 40, Malen i. Meckl. 20, Granitz 5, Osterode a. S. 4,80, Waren i. Meckl. 5, Mühlende 4, Cöthen 2, Celle 16, Driefen 2, Stade 5, Fürth 1, Prigewitz 1, Kluppenheim 40, Böhmitz 1, Einbeck 1, Grochwitz 1, Mannheim 20, Ludwigslust 5, Fische 2, Mainz 27, Götzen 20, Wiershof 4, Croßitz 2, Oberhausen i. Nhb. 6, Saarmund 1,60, Lyden 4, Wilhelmshagen 10, Rügen 2, Magdeburg 1, Geseh b. Glaucha 2,20, Goldberg i. Schlef. 1, Welterland a. E. 1, G. Chemnitz 10, Wittenberg, Weg. Halle 2, Sangerberg 6. Gera 4, Wittenberg 1, Gr.-Nichtersleben 16, Calbe a. d. S. 5, Sommerfeld 3, Witterfeld 5, Gohemolßen 8, Fernersleben 2, Erfner 2, Zwenkau, Hehde 5, Wessau 5, Nunsau 25, Nienburg a. d. S. 2, Giften 4, Freudenwalde (Ober) 2, Bried i. M. 2, Heufendorf 2, Nübel 1, Kurich 1,20, Hebersleben 3, Wolbeitz 2, Nächst 2, Mülheim (Reim) 2, Döberitz 1, Neustöcker 40, Nüßla 1, Briel i. M. 1, Gr.-Wimmenleben 1, Schönhausen (Nhb.) 2,20, Dösch 1, Wiede 2, Halle a. d. S. 20, Werder a. d. S. 8, Ziesengig 2, Belgern 5, Mülhen b. St. Jacob 1, Gr.-Ziegenort 2, Torgelow 2, Gleiwitz 3.

Für „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

Breslau M. 45,50, Döbelnburg —,50. Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postnachweisen genau anzugeben, wofür das eingeleitete Geld bestimmt ist. Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgegeben muß. Hamburg, den 15. Juli 1901.

J. Köster, Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 11. I. Et.

Zentralkrankenkasse. (Grundriss zur Einigkeit.)

In der Woche vom 7. bis 13. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Sagan M. 600, Bernau (Markt) 400, Sagen-Neuendorf 200, Potsdam 200, Mariendorf 200, Alt-Damm 200, Sandhofsleben 200, Schwiebsweiler 200, Hamburg 200, Leibitz 150, Erfner 163,27, Riepe (Ober) 140, Gamburg-Eppendorf 120, Goraß 100, Genthin 100, Götzen 100, Wernburg 100, Hofsch 100, Schierstein 95, Torgelow 89,89, Hausberg 81, Wietzeleben 75, Deusch Wissa 67,85, Marborn 60, Brandenburg a. d. S. 50, Fehlfeld 50, Eggenfeldt 42, Eggenfeldt 39,79, Meisitz 28,44, Summa M. 4051,74.

Zufüsse-erhalten: Neu-Saganow M. 150, Gütrow 100, Geseh 100, Nippoldsweiler 100, Sonnenburg (Neumark) 50, Magdeburg 50, Summa M. 550. Litona, den 13. Juli 1901.

Karl Reich, Hauptkassierer, Friedrichshergstr. 28.

Anzeigen. Königsberg i. Pr. [M. 1,50]

Die restierenden Mitglieder werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen bis zum 1. August nachzukommen, anderenfalls nach § 18 b des Statuts verfahren wird. Der Kassierer.

Seiffenberg. [M. 1,80]

Die Beiträge sind von jetzt ab jeden Sonntag, Vormittags von 9-11 Uhr, in der „Herberge zur Heimat“ an den Kassierer zu entrichten. Von August Paulisch sind keine Marken mehr zu entnehmen. Der Zweigvereinsvorstand.

Schwabach. Die Wohnung des Vorstehers befindet sich jetzt: Parkstraße 6b. [M. 3]

Warnung! Der Zimmerer Herr Peschel versucht die Zahlstellen des Maurers resp. Zimmererverbandes dadurch zu brandstücken, daß er angibt, er sei Einer der Obstaten Beruchtelten und habe 24 Jahre Zuchthaus verbüßt. Peschel hat einen dießzüglichen Vermerk in seinem Mitgliedsbuche gefälscht, wie durch den Vertrauensmann der Zimmerer in Dresden bestätigt wird. Es wird deshalb vor dem Peschel recht eindringlich gewarnt.

Sterbetafel. (Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerlich einer Woche nach dem Sterbedate Mitteilung erhalten. Die Stelle kostet 15 A.) Berlin II. Am 9. Juli verstarb an Lungenentzündung unter Verbandsvorsitz Karl Ladecke im Alter von 45 Jahren. Frankfurt a. M. Am 7. Juli verstarb plötzlich unser treuer Verbandskollege Heinrich Werner im Alter von 42 Jahren. Die Bahnhalle verliert in ihm ein treues Mitglied. Posen. Am 12. Juli fand unser treuer Verbandskollege Albert Ewald aus Danzig, im 24. Lebensjahre, den Tod durch Ertrinken beim Baden. Teuchern. Am 8. Juli starb unser Verbandskollege August Albrecht im Alter von 46 Jahren. In ihm verliert unser Verein einen eifrigen Mitkämpfer. Ihre Ihrem Andenken! Sterbegeld. Ist in der Zeit vom 1. bis 15. Juli bezahlt worden für nachfolgend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: Wilhelm Groß-Beitzern (Buch-Nr. 210 004), C. S. Winter-Beitzig (155 888), Fritz Bantel-Schlau (157 014), Carl Ladecke-Berlin II (86 686), Josef Wladyslaw-Dresden (18 018), Heinrich Werner-Frankfurt a. M. (086 458), August Wredsch-Teuchern (080 958), Thomas Hartwig-Gamburg (140 185).

Erklärung. [M. 1,20] Nehme hiermit die Beilegung gegen den Kollegen Bruno Koberling zurück. Heinrich Göbel, Eppingen.

Der Kollege Karl Hoffmann aus Stolpenheim bei Wittenberg wird von seiner Mutter ersucht, nach Hause zu kommen. [90 A]

Neustadt a. d. Haardt. Den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 28. Juli, der hiesige Zweigverein sein \* Junges Stiftungsfest \* feiert. Großes Waldfest auf dem Aptsdorf mit Volksbelustigung, unter Mitwirkung des Gesangvereins „Sängerbund“. Fest-Ball bei Lederie, Stadrgasse. Gäste, sowie die umliegenden Zweigvereine sind freundschaftlich eingeladen. [M. 3,80] S. A.: Der Vorstand.

Inowrazlaw. Sonntag, den 27. Juli, feiert der Zweigverein Inowrazlaw das Erste Stiftungsfest durch Tanz im Saale des Herrn Wenzel. Die Kollegen werden hierzu freundschaftlich eingeladen. Das Comité.

Ohlau. Sonntag, den 21. Juli, im Hotel „Zum preussischen Hof“: Großes Gewerkschaftsfest. Vormittags von 11-1 Uhr Frühkonzert, unter Mitwirkung der Gesangvereine „Eintracht“ Ohlau und „Vorwärts“ Breslau. Von 3 Uhr ab: Konzert, humoristische Vorträge, Preisstücken, Kinder- und Volksbelustigungen. Abends: Tanz. Die Kollegen von Ohlau und aus den umliegenden Zweigvereinen werden um zahlreiche Beteiligung ersucht. [M. 3,90] Das Festcomité.

Der Sammlungs-Anzeiger. (Unter dieser Rubrik veröffentlichen alle Veranlassungen der dem Gründungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Zeilen nicht übersteigt, beträgt 20 A. Die Anzeigen müssen für jede Veranlassung besonders eingeleitet werden.)

Verbandsversammlungen der Maurer. Königsberg i. Pr. Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. jedes Monats, 7 1/2 Uhr Ab. in der Herberge, Wagnerstraße, Versammlung.

Sonntag, 21. Juli: Geesthacht. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Jöbers. Alle Kollegen müssen erscheinen. Görtze. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Pünktliches Erscheinen wird den Kollegen zur Pflicht gemacht. Hintersee. Vormittags 11 1/2 Uhr im Gasthof „Zum Bessel, Hintersee, Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zur Konferenz nach Leipzig. Itzehoe. Mitgliederversammlung. Gemütliche Kollegen müssen erscheinen. Neudamm. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung bei Paul Schulz. Erscheinen aller Kollegen dringend nötig. Meuselwitz. Nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Eisenhammer. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung bitten wir um zahlreicher Besuch.

Dienstag, 23. Juli. Altenburg. Versammlung im „Schwarzen Adler“. Das Erscheinen eines Nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung im Kurhaus. Alle Kollegen werden dringend ersucht, zu erscheinen. Liegnitz. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Pünktliches Erscheinen erwünscht. Oranienburg. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw. Sonnabend, 20. Juli. Spandau. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Wabbe. Tagesordnung: Überlegung von 2. Quartal. Bahreißer Besuch erbeten.

Sonntag, 28. Juli. Berlin. Nachm. 10. Nachm. 10 Uhr. 2. D. 1. Kaiser-W. Vereinsabend b. 2. D. 2. Der gegenw. Stand d. Mitgliederfrage. 3. Zimmer-Kassenangelegenheiten. Wern. 10 Uhr Mitgliederversammlung bei Schellack, Wernitz. 26. Steglitz. Bahreißer Besuch ist dringend notwendig.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.